

---

# Für ein gutes Klima im Landkreis Gießen

---

Unser Wahlprogramm für einen  
GRÜNERen Landkreis Gießen

## Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Gießen,

seit 2011 sind Bündnis 90/Die Grünen an der Regierung im Landkreis beteiligt. In diesen fünf Jahren konnten wir viele unserer Ziele aus dem letzten Wahlprogramm umsetzen, Teilerfolge erzielen oder erste Schritte zum gewünschten Erfolg machen. Die Wahlperiode neigt sich dem Ende zu und am 6. März 2016 haben Sie die Möglichkeit, einen neuen Kreistag zu wählen.

Um Ihnen Ihre Wahlentscheidung zu erleichtern, haben wir für Sie dieses Wahlprogramm erstellt.

Es beschreibt, wofür wir uns in den nächsten Jahren einsetzen wollen, aber auch, was wir in den letzten fünf Jahren erreicht haben.

Unsere moderne Welt und die Lebensbedingungen ändern sich rasant. Krisenherde in Nahost und Afrika haben Einfluss auf unseren mittelhessischen Alltag und bis in die Kommunalpolitik hinein. Der Klimawandel ist real, somit muss die Energiewende vor Ort geschafft werden.

Letztlich geht es darum, die Welt und unseren Landkreis Gießen lebenswert zu erhalten und den Menschen, die hier zu Hause sind, eine gute Zukunft zu ermöglichen. Dafür haben wir viele Ideen, die wir für Sie übersichtlich zusammengestellt haben. Wir GRÜNE wollen ein gutes Klima im Kreis - und dafür steht dieses Programm.

Bitte nutzen Sie Ihr Wahlrecht.

Wir freuen uns über Ihre Stimme.

Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Gießen

## Inhalt

Für ein gutes Klima...

|   |    |
|---|----|
| ... und GRÜNE Energie.....                        | 4  |
| ... und einen starken Naturschutz .....           | 10 |
| ... im Tierschutz .....                           | 15 |
| ... auf dem Feld und im Supermarkt.....           | 15 |
| ... für GRÜNE Abfallpolitik .....                 | 18 |
| ... im Bereich Wasser.....                        | 21 |
| ... in unserer Gesellschaft.....                  | 22 |
| ... auf unseren Schulhöfen .....                  | 37 |
| ... auf den Straßen .....                         | 44 |
| ... im Internet.....                              | 49 |
| ... auf den Brettern, die die Welt bedeuten ..... | 50 |
| ... in der Wirtschaft .....                       | 52 |
| ... in der ZOV .....                              | 54 |
| ... in unseren Kassen.....                        | 56 |

## Für ein gutes Klima und GRÜNE Energie

### *Wie Klimaschutz vor Ort gelingen kann*

Seit unserer Gründung ist der Klimaschutz ein Hauptthema auf unserer Agenda. Auch in Zukunft wollen wir uns für ein gutes Klima einsetzen. Heute ist die Politik mehr denn je gefragt die Klimabilanz positiv zu gestalten. Dieser Verantwortung wollen wir uns auch weiterhin stellen.

Denn der Klimawandel ist nicht mehr nur ein Wort, sondern Realität. Die Temperaturen sowie die Meeresspiegel steigen und die Gletscher schmelzen ab. Der Niederschlag verändert sich, daher häufen sich in vielen Teilen der Welt Dürren und Überschwemmungen. Auch hier in Hessen wie im Landkreis Gießen ist der Klimawandel präsent, zum Beispiel in Form von Starkwetterereignissen (starke Winterstürme, sommerliche Dürreperioden).

Auslöser des Klimawandels sind Treibhausgase, insbesondere Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>), aber auch andere Gase wie u.a. Methan und Lachgas. Unser Ziel ist es, den Ausstoß dieser Gase in unsere Umwelt zu reduzieren.

### Energie

CO<sub>2</sub> wird vor allem durch die Verbrennung fossiler Energieträger zur Strom- und Wärmeerzeugung oder im Verkehr freigesetzt. Auch wenn der Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe ist, die in allen Politikfeldern berücksichtigt werden sollte, ist ein wirksamer Klimaschutz ohne Maßnahmen im Energiebereich nicht zu schaffen. Diese stellen einen zentralen und entscheidenden Baustein dar. Für uns GRÜNE ist Klimaschutz daher nicht ohne die drei großen E's denkbar:

- Energieeinsparung
- Energieeffizienz
- Erneuerbare Energien

Wir GRÜNE haben in der letzten Wahlperiode, wie auch in den Jahren zuvor, alle drei Punkte konsequent verfolgt. Wir wollen, dass der Landkreis langfristig klimaneutral wird. Um diesem Ziel gerecht zu werden, hat der Kreistag ein integriertes Klimaschutzkonzept verabschiedet, dessen Umsetzung wir auch in der nächsten Wahlperiode mitgestalten möchten. Zusätzlich wurde ein Klimaschutzmanager eingestellt.

### *Energieeinsparung und Energieeffizienz*

Neben der nachhaltigen Produktion muss Energie vor allem auch sorgsam und effizient verwendet werden. Dazu benötigen wir zum einen intelligente Lösungen, die uns im Alltag helfen, Energie sparsam zu nutzen. Zum anderen müssen wir unser Bewusstsein

in Bezug auf unseren Energieverbrauch schärfen. Nicht genutzte Energie ist der beste Beitrag zum Klimaschutz.

### Wärme

Das Einsparen von Energie ist die einfachste Möglichkeit CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Wärmeerzeugung zu vermeiden. Hier liegen in allen Bereichen der Wärmeversorgung überaus große Potenziale. Im Gebäudebestand kann durch eine energetische Sanierung der Wärmeenergiebedarf nachhaltig gesenkt werden. Neubauten sollten entweder Passiv – oder EnergiePlus - Häuser sein. Auch der Austausch von alten Heizungsanlagen durch effizientere Anlagen oder die Nutzung von Fernwärme kann schon heute zu einer erheblichen Energieeinsparung beitragen.

Bis zum Jahr 2030 (Vergleichsjahr 2008) ist eine deutliche Reduktion des Wärmeenergieverbrauchs erreichbar: In den Privathaushalten 38 Prozent, in Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD) ca. 39 Prozent und in der Industrie bis zu 28 Prozent (Hessen). Fast 14 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs aus dem Bereichs GHD entfallen hierbei auf öffentliche Einrichtungen, wobei der größte Anteil am Energieverbrauch der öffentlichen Liegenschaften auf die Schulen entfällt (ein Drittel des Gesamtverbrauchs, davon fast 85 Prozent für Raumwärme). Somit trägt der Landkreis Gießen nicht nur eine große Verantwortung, sondern hat auch die Möglichkeit direkt durch Maßnahmen an seinen eigenen Gebäuden einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten.

Wir GRÜNEN haben gezeigt, dass wir uns dieser Verantwortung stellen. Wir haben erreicht, dass neue kreiseigene Liegenschaften nur im Passivhausstandard projektiert und errichtet werden. Als Beispiel zu nennen ist die vollständig im Passivhausstandard errichtete Erich-Kästner-Schule in Lich. So dienen wir nicht zuletzt auch unsern Bürgerinnen und Bürgern als Vorbild. Außerdem halten wir auch weiterhin daran fest, dass die bestehenden kreiseigenen Gebäude Schritt für Schritt energetisch saniert werden. Diese Investitionen sind wichtig, denn sie sorgen langfristig für eine Entlastung des Klimas und des Haushalts. Wir wollen die Kommunalen Investitionsprogramme von Bund und Land dafür nutzen, um in diesem Bereich noch mehr finanzielle Mittel als in der letzten Wahlperiode zur Verfügung zu stellen.

Es ist uns gelungen durch bauliche Investitionen, Energiekosten in öffentlichen Liegenschaften zu senken und so zugleich einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Darüber hinaus hat der Landkreis Gießen in der vergangenen Legislaturperiode durch den Einfluss der GRÜNEN ein Energiesparprojekt in Schulen ins Leben gerufen. Als Projektpartner haben die Stadtwerke Gießen ihr Expertenwissen eingebracht und Schülern, Lehrern und Hausmeistern unter anderem vermittelt, wie sich ohne finanziellen Aufwand ein großer Spareffekt erzielen lässt. Dieses erfolgreiche Projekt soll in der kommenden Legislaturperiode unbedingt weitergeführt werden.

Wir dürfen uns bei der energetischen Sanierung nicht auf einzelne Gebäude beschränken. Daneben kommt den Fernwärmenetzen und Nahwärmeinseln eine bedeutende Schlüsselfunktion zu. Sie ermöglichen eine einfache und kostengünstige Integration von erneuerbaren Energien in die Wärmeversorgung, wie beispielsweise Solar-Thermie. Auch industrielle Abwärme, dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) oder Wärme aus „Power-to-Heat“ (Umwandlung von Strom in Wärme) mit überschüssigem Strom aus Erneuerbaren Energien könnten in Wärmenetze einspeist werden. Kommunale Wärmenetze können somit zum Rückgrat für einen klimaschonenden, regionalen Wärmemarkt werden.

Wir GRÜNE fordern daher einen weiteren, konsequenten Ausbau von Fernwärmenetzen und Nahwärmeinseln, wo die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen hierfür gegeben sind.

### Strom

Im Strombereich können Energieeinsparungen von rund 12,5 Prozent bis zum Jahr 2020 und rund 25 Prozent bis zum Jahr 2030 (Vergleichsjahr 2008) erzielt werden (Hessen).

Wir fordern daher, dass bei der Beschaffung elektrischer Geräte für kreiseigene Liegenschaften die Energieeffizienz als Ausschreibungskriterium aufgenommen wird. In den vergangenen Jahrzehnten ist durch den verstärkten Einsatz von mehr Computern, Whiteboards, Druckern und anderen elektronischen Geräten in Schulen und Verwaltung der Stromverbrauch eher gestiegen. Auf den Einsatz dieser Geräte kann und darf nicht verzichtet werden; insbesondere in Schulen sind sie ein wichtiger Teil der Ausbildung und somit eine lohnende Zukunftsinvestition. Daher ist es wichtig, bei der Anschaffung auch auf die Energieeffizienz der Geräte zu achten.

### Energieberatung

Im Landkreis Gießen bestehen umfassende Energieberatungsmöglichkeiten. Durch diese können sich Bürgerinnen und Bürger wertvolle Informationen geben lassen, die ihnen dabei helfen nicht nur ihre eigenen Energiekosten zu senken, sondern auch aktiv einen Beitrag für den Klimaschutz zu leisten.

Die Oberhessische Energieagentur (OVAG) ist hier weiterhin der erste Ansprechpartner. Daneben gibt es weitere Energieberatungsmöglichkeiten, die nebeneinander bestehen und die besser vernetzt werden sollten: Die Stadtwerke Gießen bieten diese Dienstleistungen für die Bürger\*innen an, ebenso die Verbraucherzentrale Gießen.

Insbesondere sei auf die Initiative Gießener Gebäudepass hingewiesen, die unter anderem durch Einsatz der GRÜNEN ins Leben gerufen wurde. Hierbei handelt es sich um eine Initiative der Stadt Gießen zusammen mit privaten Ingenieurbüros, die neben einer

Reduzierung der Heizkosten auch die Erhöhung der Wohn- und Lebensqualität zum Ziel hat. Den Bürger\*innen der Stadt und des Landkreises Gießen stehen hierbei verschiedene Leistungen, beispielsweise aus dem Bereich Energie, Gesundheit oder Schadstofferkundung und Sanierungsberatung, zur Verfügung.

### *Erneuerbare Energien*

Eine nachhaltige Energieerzeugung setzt voraus, dass die Energiegewinnung umwelt-, klima- und gesundheitsverträglich gestaltet wird, gleichzeitig aber möglichst wirtschaftlich und sozial verträglich sein sollte.

Daher führt kein Weg an der Energiewende vorbei. Zum einen, weil wir uns von der unverantwortlichen Hochrisikotechnologie Atomkraft gänzlich verabschieden wollen. Zum anderen, weil es weiterhin nötig ist, als Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu verringern.

Der Landkreis Gießen muss auf dem Weg, bis 2040 seine Energie (ohne Verkehr) zu 100% aus erneuerbaren Ressourcen zu produzieren, möglichst viele Akteure mitnehmen. Wenn Wirtschaft, Politik und Bevölkerung sich gemeinsam stützen, läuft es sich leichter. Eine für die Bürger\*innen transparente Gestaltung von Entscheidungsprozessen ist hierbei absolut unerlässlich.

Wir haben erreicht, dass der Landkreis Gießen für alle seine Liegenschaften vollständig auf Ökostrom umgestellt hat. Dies ist nicht nur ein wichtiger Schritt für die Energiewende und den Klimaschutz, sondern hat sich auch als kostengünstiger erwiesen. Hieran soll unbedingt festgehalten werden.

### *Windenergie*

Im Regionalplan Mittelhessen ist als energiepolitisches Ziel formuliert, dass im Jahre 2020 ein Drittel des Endenergieverbrauches (ohne Verkehr) aus erneuerbaren Energien kommen soll. Um dieses für den Klimaschutz wichtige, energiepolitische Ziel zu erreichen, ist ein erheblicher Ausbau der Windenergie notwendig und wichtig.

Hierbei ist es entscheidend, neben dem Klimaschutz auch andere wichtige schützenswerte Interessen, wie den Natur- und Artenschutz oder Abstandsregelungen im Planungsprozess zu berücksichtigen. Im Genehmigungsverfahren kann durch standortangepasste Lösungen eine weitere Minimierung potentieller Beeinträchtigungen erreicht werden.

Der überwiegende Teil der derzeit im Entwurf des Teilregionalplans Energie ausgewiesenen Flächen stellt eine gute Planungsgrundlage dar. Die erneute Offenlage und Anhörung gibt zudem Gelegenheit sich mit den verbleibenden strittigen Flächen oder den nicht berücksichtigten, für die Windenergienutzung interessanten Flächen ausei-

inanderzusetzen, sodass im endgültigen Plan eine noch bessere Abwägung der verschiedenen Belange erfolgen wird.

Eine weitere Verzögerung der Planungen ist für den Ausbau der Windenergie und den Klimaschutz nicht hinnehmbar. Daher sind wir dafür, den jetzt eingeschlagenen Weg mit der Offenlage und Anhörung schnell zu gehen, damit in 2016 ein genehmigter Teilregionalplan Energie Mittelhessen vorgelegt werden kann.

### *Solarenergie*

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Solarenergie ein, sowohl der Photovoltaik, als auch der Solarthermie.

Wir wollen, dass sich die Nutzung von geeigneten kreiseigenen Gebäuden für erneuerbare Energien, dort wo es technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, zum Normalfall entwickelt. Neubauten und Sanierungen sind entsprechend zu planen.

### *Biomasse*

Auch die Nutzung von Biomasse zur Gewinnung von Energie ist ein Teil der Energiewende. So wollen wir Holz-Pelletsheizungen in kreiseigenen Gebäuden statt der fossilen Energieträger Öl und Gas einsetzen, sofern es keine ökologisch sinnvoller Alternativen wie den Anschluss an ein Fernwärmenetz oder eine Nahwärmeinsel gibt. Wir sehen allerdings die Nutzung von Biomasse, die in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion steht, kritisch.

## Erfolge GRÜNER Klimaschutz Politik

- Wir konnten die Aufstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Gießen erwirken.
- Wir haben erreicht, dass die Projektierung und Errichtung von neuen kreiseigenen Liegenschaften nur noch im Passivhausstandard erfolgt.
- Wir konnten durch die bauliche energetische Sanierung eines Teils der bestehenden, kreiseigenen Gebäuden den Energieverbrauch für die Liegenschaften senken.
- Wir haben ein Energiesparprojekt an Schulen initiiert. Hierdurch konnten wir nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Energiebewusstsein liefern, sondern auch den Energieverbrauch und die Energiekosten in den teilnehmenden Schulen weiter senken.
- Wir konnten durchsetzen, dass in allen kreiseigenen Liegenschaften auf die Nutzung von Ökostrom umgestellt wurde.



*Unsere wichtigsten Vorhaben für die nächsten fünf Jahre*

- Wir wollen das integrierte Klimaschutzkonzept des Landkreises konsequent umsetzen
- Wir stehen dafür ein, dass neue kreiseigene Gebäude auch weiterhin ausschließlich mindestens im Passivhausstandard projektiert und gebaut werden.
- Wir werden damit fortfahren, nach und nach bestehende kreiseigene Gebäude energetisch zu sanieren.
- Wir werden das Energiesparprojekt an Schulen unbedingt weiterführen.
- Wir stehen für einen konsequenten Ausbau von Fernwärmenetzen und Nahwärmeinseln.
- Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Beschaffung kreiseigener elektrischer Geräte der Energieeffizienz die Bedeutung beigemessen wird, die sie verdient.
- Wir wollen in kreiseigenen Gebäuden Öl- und Gasheizungen zugunsten nachhaltigerer, ökologisch sinnvollerer Alternativen reduzieren.
- Wir sorgen dafür, dass bei der Planung von Neubauten und Renovierungen von kreiseigenen Gebäuden die Möglichkeit einer Solarenergienutzung berücksichtigt wird.
- Wir wollen innerhalb eines Sanierungsprogramms für Heizungen die alten Heizungsanlagen modernisieren.

## Für ein gutes Klima und einen starken Naturschutz

Ziel des Naturschutzes ist es, Natur und Landschaft als Lebensgrundlagen des Menschen zu erhalten. Er ist somit eine öffentliche Aufgabe. Aber auch um ihrer selbst willen, ist die Natur schützenswert.

Die ständige Erweiterung von Siedlungsflächen (Wohnen, Gewerbe, Straßen) ist das größte Problem für den Naturschutz. Hier muss er dringend stärker berücksichtigt werden, was auch den Verzicht auf neue Bau- und Gewerbegebiete bedeuten kann. In vielen Gemeinden wird die demographische Entwicklung vollkommen ignoriert und es werden nach wie vor neue Baugebiete ausgewiesen, die am zu erwartenden Bedarf völlig vorbeigehen. Wir werden uns in den Kommunen und in der Regionalversammlung weiterhin für eine bedarfsorientierte, verdichtete Bebauung unter Naturschutzaspekten einsetzen.

Hierzu gehört auch der Schutz noch bestehender, für den Naturschutz besonders wichtiger Gebiete. Natura 2000 Gebiete müssen besser geschützt und entwickelt werden.

**Natura 2000 sind spezielle europäische Schutzgebiete, die nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und Vogelschutzrichtlinie ausgewiesen wurden und dem Schutz von Pflanzen (Flora), Tieren (Fauna) und Habitaten (Lebensraumtypen) dienen. Die Betreuung und Pflege ist Landesaufgabe.**

Die Naturschutzverbände stellen das örtliche "Rückgrat" des Naturschutzes dar. Sie unterstützen über den Naturschutzbeirat die Arbeit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB). Der Landkreis wiederum sollte über die Untere Naturschutzbehörde die Förderung der örtlichen Verbände ausbauen.

**Die untere Naturschutzbehörde muss in ihren Entscheidungen unabhängig bleiben.**

Wir wollen sie in der kommenden Wahlperiode in vieler Hinsicht besser ausstatten:

- Durch Erfassung und Digitalisierung aller im Kreis vorhandenen flächenbezogenen Daten (gutachterlichen Aussagen) sollte die UNB in die Lage versetzt werden, schnell und kompetent reagieren zu können. Ebenso sollte der Datenaustausch zwischen Land Hessen (FENA) und Landkreis Gießen kurzfristig funktionieren.
- Die UNB hat die im Gebiet des Landkreises Gießen vorhandenen seltenen Tiere und Pflanzen, die aus bestehenden Gutachten ersichtlich sind, standörtlich erfasst. Für deren Schutz ist zusammen mit Kommunen, Naturschützern und Landschaftspflegevereinigung (LPV) zu sorgen.
- Die in den Bebauungsplänen festgelegten Ausgleichsflächen und -maßnahmen sind systematisch auf Vollzug zu prüfen. Der Vollzug ist einzufordern, bzw. vertraglich neu zu ordnen.
- Für die Ausweisung, Pflege und Entwicklung von Geschützten Landschaftsteilen (GLB) und Naturdenkmälern (ND) müssen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.
- Die Streuobstwiesen des Landkreises müssen erhalten werden. Dazu soll gemeinsam mit der Landschaftspflegevereinigung ein Obstvermarktungsprogramm entwickelt werden. Nur wenn die Äpfel wieder Abnehmer\*innen finden, werden sich Menschen motivieren lassen, die Obstbäume auf Dauer zu pflegen und zu bewirtschaften.
- Bienenweiden sollen im Zusammenhang mit der Streuobstförderung gedacht werden.
- Wiesen und Wiesenwege (landwirtschaftliche, unbefestigte Wege) müssen mehr vor Umbruch geschützt werden.
- Eine Initiative zum Schutz des Rebhuhns im Landkreis ist zu starten, gleiches gilt für den Feldhamster.

Wir wollen die Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises zum Naturschutz weiter verbessern:

- Es müssen mehr Kinder- und Jugendprojekte mit Naturschutzthemen sowohl in den Kommunen, als auch im Kreis durchgeführt werden. Das Biber mobil ist hier ein gutes Beispiel.
- Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen zu Naturschutzthemen müssen stärker im Programm der Kreisvolkshochschule berücksichtigt werden.
- Regelmäßige Pressearbeit zu Naturschutzthemen durch das Landratsamt ist wünschenswert (z.B. Werbung für Projekte im Zuge der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie).

## Naturschutz und Tourismus

Naturschutz ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Förderung des Tourismus im Landkreis Gießen. Das Landschaftsbild ist ein Faktor, der Menschen Erholung spüren lässt. Wird dieses zerstört, braucht der Kreis nicht mehr an Tourismusmessen teilzunehmen. In der Bauleitplanung ist darauf wesentlich mehr Rücksicht zu nehmen als bisher.

Naturschutz ist auch ein Faktor, der als Zugkraft für Touristen wirken kann. Dies gilt insbesondere für Fluss- und Bachauen, die viele Menschen anziehen. Wir wollen darauf achten, dass der Tourismus naturverträglich abläuft.

## Landschaftspflegevereinigung Gießen e.V. (LPV)

Wir wollen eine starke und dauerhafte Förderung der Landschaftspflegevereinigung Gießen e.V. (LPV), die sowohl für die Landschaftspflege und den Naturschutz, als auch für die Förderung der Landwirt\*innen sowie vieler Vereine im Kreis eine herausragende Bedeutung hat.

Die LPV ist Mitglied im Deutschen Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL), dem deutschlandweit mittlerweile mehr als 180 Landschaftspflegevereine angehören, die Naturschutz und Landschaftspflege voranbringen. Wichtigstes Merkmal ist die drittelparitätische Organisation (Kommunen, Landwirte & Naturschutz).

Die im Jahr 1991 mit maßgeblicher Unterstützung der GRÜNEN gegründete Vereinigung hat zahlreiche Erfolge aufzuweisen:

- Durch die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Landwirt\*innen, Naturschützer\*innen und Gemeinden wurden viele althergebrachte Vorbehalte gegeneinander vermindert. Das gemeinschaftliche, konstruktive Zusammenarbeiten bringt für alle Seiten eine „win-win-Situation“, die in der Umsetzung vieler Naturschutzmaßnahmen auf hochwertvollen Standorten mündet.
- Die LPV hat Mittel der Ausgleichsabgabe in zahlreichen, hochwertigen Naturschutzmaßnahmen in 13 Kommunen des Landkreises umgesetzt. Dadurch konnten die in den Kommunen gezahlten Ausgleichsabgaben im Rahmen einer Vielzahl von Naturschutzprojekten wieder in die Kommunen geholt werden.
- Die LPV betreut ihre Mitgliedsgemeinden bei allen fachlichen Fragen zu Naturschutz- und Landschaftspflege im Rahmen von Bauleitplanungen, Erstellung von Landschaftsplänen und in hohem Maße bei der Entwicklung, Herstellung und Verwaltung von Ökokonten.
- Für die Bevorratung von Ökopunkten sowie die Beratung hinsichtlich notwendiger Kompensationsmaßnahmen für Bebauungspläne werden ökologisch sinnvolle Ausgleichsmaßnahmen entwickelt, die wertvolle Biotop entstehen

lassen, landwirtschaftliche Gunstflächen nicht beeinträchtigen und zudem landwirtschaftliche Betriebe fördern, Bsp.: Allendorfer Stadtschäfer.

- Die LPV setzt abgestimmte Maßnahmen mit einem einzigartigen Konzept um. Für die Arbeiten werden fast ausschließlich örtliche Vereine, Einrichtungen und Personen herangezogen. Hierdurch können die finanziellen Belastungen für Kommunen und Landkreis als Träger der Maßnahmen minimiert werden und das Geld kommt den Ortsansässigen zu Gute. Des Weiteren führt dieses Vorgehen zu einer starken Verankerung der Maßnahme im Denken der Bevölkerung, die sich damit identifizieren kann.

Neben der Betreuung der Mitgliedskommunen fungiert die LPV auch als Werkvertragsnehmer für die UNB des Landkreises Gießen. Im Rahmen dieser Verträge sind für den Naturschutz wertvolle Werke entstanden, die ansonsten im regulären Arbeitsbetrieb der Behörde nicht zu schultern gewesen wären. Hierzu gehören unter anderem:

- Eine hessenweit einmalige Naturschutz-Datenbank, worin über 3000 ökologisch wertvolle Flächen im Kreisgebiet erfasst sind. Für diese Flächen wurden alle floristisch sowie faunistisch wertgebenden Arten erfasst und in Karten übertragen.
- Die Erstellung einer Internetpräsentation aller Naturdenkmäler und Geschützter Landschaftsbestandteile im Landkreis Gießen.
- Die digitale Erfassung aller Ausgleichsmaßnahmen für Bebauungspläne und Bauvorhaben im Landkreis Gießen.
- Die Ausarbeitung von Fachbeiträgen für die neue Homepage des Landkreises Gießen zu herausragenden Naturschutzprojekten im Landkreis.
- Die LPV wird den Landkreis in der Umsetzung der Ausweisung weiterer Geschützter Landschaftsbestandteile und deren Erhaltung, Pflege und Entwicklung insbesondere im Bereich Streuobst unterstützen.
- Des Weiteren bemüht sich die LPV um eine rege Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Landschaftspflege. Die Projekte werden zusammen mit den Trägern aber auch den Ausführungspartnern gern für die Presse aufbereitet, um die Bevölkerung für „Ihre Natur“ zu sensibilisieren.

Die LPV betreut derzeit mehr als 70 naturschutzfachlich hochwertige Projekte im Landkreis Gießen, die aus der Ausgleichsabgabe, vor allem aber im Rahmen der Kompensation von Eingriffen in Natur- und Landschaft finanziert werden. Eine gemeinschaftliche und fachlich fundierte Entwicklung der Projekte garantiert zusammen mit der Umsetzung durch Ortsansässige eine hohe Akzeptanz sowie lokale Identifikation mit Naturschutz- und Landschaftspflege vor Ort. Durch das einzigartige Konzept zur Umsetzung der Maßnahmen kommen jährlich mehrere 100.000 Euro den Landwirt\*innen und Vereinen/Verbänden im Landkreis Gießen zu Gute. Für die Landwirt\*innen stellt diese zusätzliche Einkommensquelle durchaus einen Wirtschaftsfaktor und vereinzelt auch ein zweites Standbein dar.

### Erfolge GRÜNER Naturschutzpolitik:

- Unterstützung und Beratung der Kommunen bei der Aufarbeitung der erforderlichen Kompensationsmaßnahmen insbesondere im Bereich der Bauleitplanung
- Zählung der Streuobstbäume im Landkreis (Streuobstkartierung)
- Etablierung eines Förderprogramms zur Anpflanzung von Hochstammobstbäumen
- Ausweisung neuer Naturdenkmale
- Beginn der Ausweisung weiterer Geschützter Landschaftsbestandteile
- Projekt in interkommunaler Zusammenarbeit (IKZ) zur Gründung und zum Betrieb einer regionalen Geodateninfrastruktur
- Bei hauseigenen Planungen findet der Naturschutz größere Beachtung, z.B. Radwegekonzepte, Ausbau von Kreisstraßen (z.B. K156 bei Albach) und Schulbauten.

## Für ein gutes Klima im Tierschutz

Tierschutz kommt nicht ohne Ehrenamt aus. Besonders hervorzuheben ist hier die Arbeit der Tierschutzvereine, die auch Tierheime unterhalten. Ohne diese Vereine müssten die Kommunen die Unterbringung von Fundtieren selbst bewerkstelligen. Dies würde wesentlich mehr kosten als der Betrag, der z.Zt. von den Städten und Gemeinden an die Vereine gezahlt wird. Wir GRÜNE wollen deshalb, dass der von den Tierschutzvereinen geforderte Betrag von 1€/Einwohner\*in an die Tierheime gezahlt wird.

Neben Haustieren müssen aber auch oft Wildtiere in Obhut genommen werden, weil sie krank, verletzt oder verwaist sind. Im Landkreis existieren zwar Möglichkeiten für die Aufnahme von Wildvögeln, die allerdings mit hohem Engagement und ohne institutionelle Finanzierung von Ehrenamtlichen betrieben werden. Eine Wildtierauffangstation gibt es im Landkreis dagegen nicht. Zwar nimmt die Universität (Veterinärmedizin) manche Tiere auf, für viele fehlt aber auch eine gute Möglichkeit der Unterbringung. Wir GRÜNE wollen daher die Akteure zusammen bringen, um Möglichkeiten einer dauerhaften Finanzierung zu finden.

In den Gemeinden wollen wir uns für eine Kastrationspflicht für freilaufende Katzen einsetzen, damit das Katzenelend und die Belastung der regionalen Tierheime verringert werden.

## Für ein gutes Klima auf dem Feld und im Supermarkt

### *Landwirtschaft und Verbraucherschutz*

Boden und Wasser sind Grundlagen unserer Existenz. Wir GRÜNEN wollen, dass sorgsam und vorausschauend mit beidem umgegangen wird. Deshalb unterstützen wir die biologische Landwirtschaft.

Für die Erzeugung von tierischen und pflanzlichen Lebensmitteln und die Produktion von Futtermitteln ist uns wichtig, dass

- Tiere artgerecht gehalten werden und Tiertransporte so kurz wie möglich sind sowie strengen Kontrollen unterliegen.
- einer Gefährdung der Biodiversität durch die Landwirtschaft entgegen gewirkt wird.
- die Bodenfruchtbarkeit gefördert wird, z.B. durch eine sorgfältige Bearbeitung, geeignete Fruchtfolgen, stickstoffbindende Pflanzen, Gründüngung usw.
- Die Grundlagen zur Lebensmittelerzeugung nicht in die Hand von wenigen globalen Akteur\*innen geraten.

## Für ein gutes Klima im Kreis Gießen

- Feldraine, Gräben und Graswege, die zahlreichen Kleinlebewesen Schutz bieten und Lebensraum von Insekten, Wildtieren und vielen Pflanzenarten sind, geschont und erst spät im Jahr bzw. während der Setzzeit gar nicht gemäht werden.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass

- Sich Landwirt\*innen zu Erzeugergemeinschaften zusammenschließen und ihre Produkte regional vermarkten.
- sich Institutionen wie Kirchen oder Kommunen, freiwillig dazu verpflichten, dass ihre Liegenschaften frei von Gentechnik sind.
- Landwirt\*innen bevorzugt mit kommunalen Aufgaben beauftragt werden, was in vielen Fällen eine Entlastung des gemeindlichen Bauhofs bedeuten kann (z.B. Ausgleichsflächenpflege, Winterdienst, Pflanzarbeiten, Sportplatzpflege).
- die Jagdsteuer wieder in voller Höhe erhoben wird und die Einnahmen aus der Jagdsteuer für Naturschutzmaßnahmen und zukunftsweisende Projekte in der Landwirtschaft gezielt eingesetzt werden.

## Verbraucherschutz und Nahrungsmittel

Die immer wieder auftretenden Lebensmittelskandale haben uns gezeigt, dass es wichtig ist, auf allen Ebenen die Belange des Verbraucherschutzes ernst zu nehmen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass

- das Lebensmittelangebot am Schulkiosk und in der Schulmensa aus regionalen, saisonalen und möglichst ökologischen Angeboten besteht und der Verkauf von „Fair-Trade Waren“ unterstützt wird.
- der Ernährungsführerschein in allen Grundschulen in der 3. Klasse durchgeführt wird.

## Fairer Kreis Gießen

Wir GRÜNE stehen für einen global gerechten Interessenausgleich, der allen Menschen ein lebenswürdiges Dasein, frei von Armut und Umweltverschmutzung, auf unserem gemeinsamen Planeten ermöglicht. Denn nach wie vor leben weltweit über eine Milliarde Menschen am Rande des Existenzminimums, weswegen rund 30.000 Menschen täglich an den Folgen von Armut und Hunger sterben.

Den Kommunen kommt bei der Bekämpfung solcher Missstände eine entscheidende Rolle zu. Zum Einen über die Auswahl der Produkte und zum Andern über die Bildung. Das kommunale Beschaffungswesen kann auf den Einkauf von fair gehandelten Produkten umgestellt werden.



Bevorzugt werden Produkte bezogen, die unter menschenwürdigen Umständen (keine giftigen Chemikalien, keine Kinderarbeit, geregelte Arbeitszeiten mit entsprechenden Pausen) hergestellt und für die gerechte Löhne gezahlt wurden.

Kommunen kommt hierbei eine erhebliche Marktmacht zu, da ihre Ausgaben beispielsweise in der BRD ca. 170 Mrd. Euro ausmachen und sie damit Einfluss auf weltweite Produktionsweisen nehmen können.

Bildungsprojekte (z.B. in Schulen, Vereinen, Kirchen) oder öffentlichkeitswirksame Aktionen können in den Kommunen angeboten oder durchgeführt werden, um auf weltweite Armutproblemlagen aufmerksam zu machen und damit Verhaltensänderungen anregen, indem sie als fairer Ein- und Verkäufer den Bürger\*innen die Möglichkeit geben, sich mit dem Thema aktiv zu beschäftigen, fair gehandelte Produkte zu erwerben und sich somit an der Gesamtverantwortung zu beteiligen. Kommunen können sich – wie schon Staufenberg, Grünberg und Gießen – zur Fairtrade Town entwickeln und als Vorbild vorangehen.

In den nächsten fünf Jahren streben wir einen starken Umbau des Beschaffungswesens des Kreises an, damit wir als Marktteilnehmer in der globalisierten Warenwelt auf faire Produktionsweisen in den Herkunftsländern einwirken können.

Wir wollen u.a. Dienstkleidung aus fairer Beschaffung, faire Baumaterialien, faire Bälle im Schulsport, faire Speisungen in Schulen und Kindergärten und wir wollen die Bildungsarbeit des Vereins Solidarische Welt e.V., den Träger des Gießener Weltladens in seiner Bildungsarbeit an Schulen zu Nord-Süd-Problematiken unterstützen. Wir wollen, dass bei allen öffentlichen Veranstaltungen des Kreises nur noch fair gehandelte Produkte angeboten werden.

## Für ein gutes Klima für GRÜNE Abfallpolitik

Die Reduzierung der Restmüllmenge ist oberstes Ziel GRÜNER Politik!

Dies kann durch zwei Dinge erreicht werden: Abfallvermeidung und bessere Abfalltrennung! Abfall, der vermieden wird, etwa durch die Nutzung von Stoffbeuteln beim Einkauf statt immer neuer Plastiktüten, ist selbstverständlich die beste Lösung für Natur und Umwelt.

Durch bessere Abfalltrennung können angefallene Abfälle häufig sinnvoll wieder- oder weiterverwertet werden. Grundvoraussetzung hierfür ist aber, dass sie nicht in der Restmülltonne und damit in der Verbrennung landen.

- Ein wichtiger Baustein für die Reduzierung der Restmüllmenge im Landkreis ist das unter unserer GRÜNEN Dezernentin schon beinahe flächendeckend aufgebaute Netz von Kommunalen Wertstoffhöfen. Unser Ziel ist es weiterhin, das Angebot der Wertstoffhöfe zu erweitern und die kostenfreie, bürgernahe Abgabe von Wertstoffen weiter auszubauen. Perspektivisch ist es außerdem erstrebenswert, dass aus den erfassten Abfällen eine regionale Wertschöpfung erfolgt.
- Für künftig abzuschließende Verträge fordern wir kürzere Laufzeiten, damit eine regelmäßige Überprüfung und Neubewertung durch die parlamentarischen Gremien des Kreises möglich ist. Der aktuelle Vertrag über die Entsorgung von Restabfall beispielsweise läuft seit 2006 und noch bis zum 31.12.2022! Weiterhin darf es nicht sein, dass ein solcher Vertrag Abfallvermeidung sanktioniert. Die Entscheidungen, die eine neue Vergabe und damit den Weg unseres Restabfalls bestimmen, werden in der kommenden Wahlperiode getroffen. Wir streben hierbei eine regionale Entsorgung an.
- Wir sind dafür, die Wahlfreiheit zwischen gelber Tonne und gelbem Sack beizubehalten.
- Die Abfallberatung ist ein zentrales Thema der GRÜNEN.
- Durch Abfallberatung an Grund- und weiterführenden Schulen wollen wir künftig wesentlich mehr Bewusstseinsbildung. Nur wer früh und wiederholt über die Auswirkungen von Abfall auf die Umwelt sowie anschaulich über Abfallvermeidung, -trennung, -recycling und -entsorgung aufgeklärt worden ist, kann als Erwachsener entsprechend handeln.
- Die Gewerbeabfallberatung des Landkreises hilft Gewerbebetrieben von Restaurant über Elektrofachgeschäft bis hin zur Lackiererei und Hundepension bei der richtigen umweltverträglichen Trennung und Entsorgung der dort anfallenden Abfälle.
- Der Landkreis informiert in sehr guter Zusammenarbeit mit der Stadt Gießen seine Bürger\*innen regelmäßig in seiner Kommunalen Abfallwirtschaftszeitschrift KommPost über die aktuellen abfallpolitischen Entwicklungen im Landkreis und verschiedene Themen rund um Abfallvermeidung und Recycling. Die KommPost

wird kostenfrei an alle Haushalte im Landkreis verteilt und erreicht somit sehr viele Menschen. Wir GRÜNE wollen, dass diese Kooperation mit der Stadt weitergeführt wird.

- Auch in Zukunft wollen wir, dass der Kreis Gießen bei abfallpolitischen Innovationen vorn ist und die Potenziale, die sich in energetischer Sicht in diesem Sektor finden lassen, nutzt.
- Der Landkreis Gießen war einer der ersten, der die getrennte Sammlung von Bioabfall eingeführt hat. Aus dem im Landkreis erfassten Bioabfall wird in der Rabenau im kreiseigenen Kompostierungsanlage hochwertiger hygienisierter Kompost hergestellt, der den Bürger\*innen im Garten und für den Balkon eine ökologisch hochwertige Alternative zu herkömmlichen Torferden bietet.
- Wir GRÜNEN wollen, dass die Kompostierungsanlage am Standort Rabenau erhalten bleibt.
- Die vom Landkreis und der Stadt Gießen in Auftrag gegebene Studie „Wertvoller 2020“ hat aufgezeigt, dass eine große Menge Bioabfall immer noch in der Restmülltonne landet. Dazu ist der Bioabfall viel zu schade, denn in ihm steckt eine Menge Energie. Als Ergänzung zur Rabenauer Kompostierungsanlage wollen wir daher den Bau einer Bioabfallvergärungsanlage an gleichem Standort, um aus dem gesammelten Bioabfall - und ausdrücklich nur aus erfassten Abfällen! - Energie zu gewinnen. Der Standort Rabenau bietet sich aufgrund seiner hervorragenden Akzeptanz und der Nähe zur bestehenden Kompostierungsanlage an. Ein Ideenwettbewerb soll mögliche Wärmenutzungen am Standort aufzeigen.
- Für die kreiseigenen Deponien wollen wir eine zügige Endabdichtung und die anschließende Nutzung der Gelände für Erneuerbare Energien (Freiflächenphotovoltaik).

Die zunehmende Konzentration und Monopolisierung in der Abfallwirtschaft auf einige wenige Großkonzerne sehen wir sehr kritisch. Erfahrungsgemäß führen solche Konzentrationen, wie bereits die Liberalisierung des Energiemarktes gezeigt hat, letztendlich zu höheren Preisen bei abnehmender Qualität und sinkenden ökologischen und sozialen Standards. Die Abfallentsorgung ist und bleibt Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

## Erfolge GRÜNER Abfallpolitik

- Mit den neuen Wertstoffhofverträgen zwischen Kreis und Kommunen konnte das Netz der kommunalen Werkstoffhöfe wesentlich ausgeweitet werden. Außerdem nehmen die Wertstoffhöfe nun mehr unterschiedliche Arten von Abfällen an.
- Die kommunale Abfallwirtschaftszeitschrift KommPost wurde gemeinsam mit der Stadt Gießen neu strukturiert und informiert nun alle Haushalte kostenfrei und zeitgemäß über aktuelle Themen rund um Abfall und Recycling.
- Die Abfallgebühren konnten konstant gehalten werden.
- Die Restmüllmenge pro Kopf im Landkreis konnte gesenkt werden.
- Das Angebot der Gewerbeabfallberatung wurde durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit hervorgehoben.
- Der Standort Rabenau wurde für die kreiseigene Kompostierungsanlage auch für die kommenden Jahre gesichert.
- Durch die vom Landkreis und der Stadt Gießen in Auftrag gegebene Studie „Wertvoller 2020“ konnten nützliche Erkenntnisse über sinnvolle Schritte hin zu einer besseren Abfalltrennung gewonnen werden.

## Für gutes Klima im Bereich Wasser

Am Beispiel des Wasserhaushalts lassen sich die Wirkungen kleinräumiger Maßnahmen sehr gut nachvollziehen. Lokale Eingriffe (z.B. verstärkte Grundwasserentnahmen, starke Düngung oder Bachbegradigungen) führen zu lokalen Schäden (z.B. Trockenschäden an Waldbäumen, Grundwasserbelastung mit Nitrat) haben aber auch Fernwirkungen (Überschwemmungen flussabwärts). Daher ist es sinnvoll, vor Ort Maßnahmen durchzuführen, die sich positiv auf den Wasserhaushalt auswirken.

Die Bedeutung der Grundwasservorkommen im Kreis Gießen lässt sich am hohen Flächenanteil der bestehenden und geplanten Wasserschutzgebiete erkennen. Sie machen 52% der Gesamtfläche des Kreises aus. Wir werden uns dafür einsetzen, dass

- alle Möglichkeiten zur Entsiegelung von Bodenflächen genutzt werden.
- im Rahmen der Genehmigung von Bebauungsplänen alle Möglichkeiten genutzt werden, Niederschlagswasser zu versickern oder es als Trinkwasserersatz zu nutzen und Bodenversiegelungen so gering wie möglich zu halten.
- in kreiseigenen Gebäuden Regenwassernutzung betrieben und grundwasser-schonend gebaut wird, um ein Vorbild zu schaffen.
- die Bachrenaturierung voran getrieben wird.
- die Wasserleitungen laufend saniert werden, um Frischwasserverluste zu verkleinern.
- Eine Privatisierung der Wasserversorgung lehnen wir ab und setzen uns für die Beibehaltung der öffentlichen Wasserversorgung ein.

## Für ein gutes Klima in unserer Gesellschaft

### *Unser Sozialprogramm für den Landkreis Gießen*

Wir wollen einen solidarischen Landkreis, in dem niemand zurückbleibt und alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Deshalb setzen wir uns für mehr Chancengerechtigkeit und ein starkes soziales Miteinander ein.

Ein gerechter und sozialer Landkreis funktioniert erst dann, wenn er auch für seine schwächsten Mitglieder einsteht. Voraussetzungen hierfür sind bürgerschaftliches Engagement, Selbstverantwortung und Solidarität ebenso wie eine funktionierende Sozialplanung, vitale soziale Institutionen und starke freie Träger.

### Arbeit und Ehrenamt

#### *Arbeitsmarktpolitik*

Wir GRÜNEN im Landkreis Gießen setzen uns für eine aktive, die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigende Arbeitsmarktpolitik ein. Der Landkreis sollte bei den durch Hartz IV entstandenen Herausforderungen die Verantwortung in Form der alleinigen Zuständigkeit übernehmen. Die Förderung von Ausbildung und Arbeit soll durch die richtige Auswahl der Arbeitsmarktinstrumente verbessert werden.

Wir setzen uns ein für

- Ausbildungsförderung für Jugendliche und Finanzierung von Einrichtungen, die den Jugendlichen eine Chance auf einen Berufsabschluss ermöglichen.
- eine regelhafte und enge Zusammenarbeit von Arbeitsagentur/Jobcenter und Jugendhilfe.
- Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die auf den tatsächlichen Arbeitskräftebedarf abgestimmt sind.
- dauerhafte Beschäftigungshilfen im zweiten Arbeitsmarkt für Problemgruppen.
- die personelle Aufstockung im Bereich des Fallmanagements.
- Coaching-Programme für Familien mit multiplen Problemlagen.
- eine berufsbezogene Sprachförderung.
- die Möglichkeit des Wiedereinstiegs in das Berufsleben, besonders für Mütter.
- ausreichende Teilzeitarbeitsplätze für Männer und Frauen in allen Berufs- und Einkommensgruppen.
- Weiterqualifizierungsmöglichkeiten auch während der Familienphase
- aktive Werbung kommunaler Betriebe und Einrichtungen um weibliche Auszubildende für Berufe, in denen Frauen unterrepräsentiert sind und verstärkte Einstellung von qualifizierten Frauen in diesen Berufen.

### Ehrenamt fördern

Wir wissen, dass viele Menschen sich für die Gemeinschaft engagieren wollen. Es gibt auch vielfältigen Bedarf: Sei es für die Übernahme von Funktionen im Sport- oder Gesangsverein, in der Flüchtlingsarbeit, als Vorleser\*in und Geschichtenerzähler\*in in den Kindergärten oder als Spielpartner\*in und Gesellschafter\*in im Altenheim. Die Motivationen sind dabei höchst unterschiedlich. Während manche Menschen ein dauerhaftes Engagement mit „familiärem“ Anschluss im Verein suchen, können sich andere nur die Übernahme einer genau definierten Aufgabe über einen gewissen Zeitraum vorstellen. Hier müssen Angebote und Nachfrage zusammengebracht werden. Deshalb setzen wir uns zum Beispiel für die weitere Förderung des Freiwilligenzentrums in Gießen ein. Hier findet zum einen die Vermittlung von Ehrenamtlichen an Vereine und Organisationen statt, zum anderen werden durch das Zentrum Schulungen und Fortbildungen für Ehrenamtliche und Vereine sowie Netzwerkarbeit organisiert.

### Kinder und Jugendliche

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Gerade vor dem Hintergrund der sinkenden Geburtenzahlen in unserer Gesellschaft müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, die es ermöglichen, Erwerbsleben und Familiengründung in Einklang zu bringen und die Eltern in ihrer Erziehungsarbeit zu unterstützen.

Jedes Kind hat das Recht auf Zeit mit den Eltern, ebenso wie Mütter und Väter das Recht darauf haben, gemeinsame Zeit mit den Kinder zu verbringen. Mehr Zeit für Kinder heißt deshalb, dass auch den Vätern die Möglichkeit eröffnet werden muss, ihre Erwerbsarbeit zu verringern, um in dieser Zeit Familien- und Hausarbeit leisten zu können.

Familienfreundliche Personalpolitik muss in allen Unternehmen, auch beim Kreis und seinen Gesellschaften als Arbeitgeber, Standard werden, zumal Untersuchungen belegen, dass sich solche Maßnahmen auch für Betriebe rechnen. Wir begrüßen den weiteren Ausbau von flexiblen Teilzeitarbeitsplätzen in allen Berufsgruppen.

Kinder sind heute mehr denn je auf Lebensorte, Bewegungsräume und Bildungsangebote außerhalb der Kernfamilie angewiesen. Oft haben sie erst in Betreuungseinrichtungen die Möglichkeit, in Gruppen mit anderen Kindern erste soziale Kompetenzen aufzubauen. Dort müssen auch die Bedürfnisse der Kinder nach Geborgenheit, Platz zum Toben, Spielen und Lernen erfüllt werden.

Unsere Politik setzt hier Schwerpunkte:

- Flexible Betreuungsangebote sind auch in Zukunft weiter auszubauen. Dies gilt besonders für Kinder unter 3 Jahren und für Grundschulkindern. Es ist daher unab-

dingbar, dass ein flächendeckendes Angebot an differenzierten Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung steht. Dafür trägt auch der Kreis als Träger der Jugendhilfe Verantwortung.

- In diesem Zusammenhang freuen wir uns, dass der Landkreis Gießen durch seine Bewerbung von der Landesregierung als Modellregion für den „Pakt für den Nachmittag“ ausgewählt wurde (siehe Thema Schule).
- Die Entwicklung der Kinderbetreuungseinrichtungen zu „Familienzentren“, in denen die Arbeit von Beratungsstellen, Familienbildung, Kindertagesstätten und Schulen vernetzt wird, wollen wir weiterhin fördern.

### Was ist ein Familienzentrum?

Familienzentren sind zeitgemäße Weiterentwicklungen der Kindertagesstätten, die sich nicht mehr als reine Einrichtungen zur Kinderbetreuung sehen, sondern die Familie als Ganzes in den Blick nehmen und Angebote auch für Eltern machen.

Gemeinsam, im Dialog mit allen Kooperationspartnern vor Ort und im konkreten Sozialraum sollen die pädagogischen Konzepte von frühkindlicher Bildung und die familiengerechte Begleitung der Erziehungskompetenzen weiter entwickelt und koordiniert werden. Fast alle Kinder besuchen vor dem Eintritt in die Schule eine Kindertagesstätte (Kita). Damit haben die Kommunen gute Fördermöglichkeiten für das einzelne Kind und seine Eltern. Die Institutionen können in einem moderaten Prozess beobachten oder begleiten. „Die Haltung gegenüber allen Mitgliedern der Familie“ ist eines der wesentlichen Merkmale des aktuellen Konzeptes, das die pädagogischen Angebote besser untereinander unterstützen, stärken und im Sinne einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ kreative Ideen zusammentragen will.

### Unterstützung für Familien

Eltern brauchen zunehmend Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder. Präventive Hilfen wie sie von der Stiftung „Hallo Welt“ in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern aus Stadt und Kreis angeboten werden, sind die richtige Antwort auf diese Probleme und müssen dringend ausgebaut werden.



### Was steckt hinter "Hallo Welt"?

Das Projekt „Hallo Welt“ ist ein Angebot für alle Mütter und Väter von Neugeborenen in Stadt und Landkreis Gießen. Es werden entsprechend den individuellen Bedürfnissen - Angebote zur Begleitung, Unterstützung oder Kompetenzverstärkung gemacht. Ziel ist es, Eltern und ihrem Neugeborenen dadurch zu einem leichteren und gesunden Start ins Leben zu verhelfen.

Unter Einbindung der regionalen Jugendhilfe- und Gesundheitsorganisationen sowie im Bereich der Prävention tätigen Einrichtungen und Personen wurde ein Familienbegleitbuch unter dem Titel "Hallo Welt - Das Familien-Begleitbuch für die Bereiche Stadt Gießen und Landkreis Gießen" herausgegeben.

Durch die gemeinsame Arbeit an diesem Projekt wurde die Kommunikation zwischen den verschiedenen Einrichtungen als Basis für eine künftige Zusammenarbeit und Kooperation im Rahmen des geplanten Netzwerkes zur Prävention auch gegen Gewalt etabliert. Damit wurde ein weiterer Baustein des regionalen Frühwarnsystems für die Stadt und den Landkreis Gießen umgesetzt.

Das Familien-Begleitbuch enthält neben Adressen und Kontaktdaten zu sämtlichen Beratungs-, Betreuungs- und Anlaufstellen Informationen über allgemeine Hilfen, Gesundheit und Erziehung, Betreuungsformen und alle sonstigen für (junge) Familien relevanten Angebote in der Region Gießen und zusätzlich Gutscheine für junge Eltern.

Das Familien-Begleitbuch wird den Eltern durch die „Hallo-Welt“-Botschafterinnen und Botschafter überreicht. Auf diese Art und Weise wird der Kontakt zu Familien in der Stadt und dem Landkreis Gießen hergestellt. So können auch Risikofamilien erkannt und gezielt unterstützt werden.

Es sind alle Anstrengungen zu unternehmen, gute Konzepte frühkindlicher Bildung in Zusammenarbeit mit den Schulen umzusetzen. Wir unterstützen die Weiterentwicklung von integrativen Angeboten in den Kindertagesstätten, wollen mehr Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Erzieher\*innen und Tagesmütter/ Väter.

## Jugendhilfe

Im Bereich der Jugendhilfe benötigen wir zunehmend differenzierte und integrierende Ansätze und erweiterte sozialpolitische Maßnahmen (z.B. Gemeinwesenarbeit, weiterer Ausbau der Sozialarbeit an Schulen).

In der Jugendhilfe hat sich in den letzten Jahren eine sehr gute Zusammenarbeit von Stadt und Kreis Gießen etabliert. Die beiden Dezernate und die gut strukturierten Gremien der Jugendhilfe arbeiten in einzelnen Schwerpunkten eng zusammen und entwickeln gemeinsam Projekte weiter wie z.B. die Werbung und Unterstützung von Pflegefamilien.

Notwendig ist deshalb

- ein flexibles und differenziertes Angebot von Familienzentren, sozialpädagogische Familienhilfe, heilpädagogische Tages- und Wochengruppen etc..
- eine Evaluation von Jugendhilfemaßnahmen (qualifizierte Jugendhilfeplanung).
- die verstärkte Zusammenarbeit von Jugendhilfe, schulpsychologischem Dienst, Förderschulwesen, Eingliederungshilfe, beratenden Diensten und von freien Trägern.
- die umfassende Werbung und Unterstützung von Pflegefamilien.

## Mädchenarbeit – Jungenarbeit

Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz sind für die öffentliche Jugendhilfe geeignete Maßnahmen vorzusehen, um die Benachteiligungen für Mädchen abzubauen und die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen zu fördern.

Wir fordern, dass

- geschlechtsspezifische Angebote des Jugendbildungswerkes für Mädchen und Jungen bedarfsgerecht angeboten werden.
- Mädchen und Jungen die Möglichkeit erhalten, geändertes Rollenverhalten zu trainieren und zu festigen.
- spezifische Mädchen/ Jungenarbeit durch Jugendamt, Jugendbildungswerk und freie Träger weiter ausgebaut wird.

## Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Wenn aus Kindern und Jugendlichen aktive, engagierte und politisch denkende Menschen werden sollen, ist eine Basis dafür demokratische Beteiligung von klein auf. Bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen geht es um gemeinsames Handeln, Planen und Mitentscheiden im Alltag.

Es gilt in Zusammenarbeit mit dem Jugendbildungswerk neue Ansätze zu entwickeln und gelungene Mitbestimmungsmodelle fortzuführen.

### *Partizipation in Jugendhilfeeinrichtungen*

Mit dem Anerkennen der hessischen Rahmenvereinbarungen hat der Landkreis nun eine gute Grundlage für die Gestaltung der Einzelvereinbarungen mit den jeweiligen freien Trägern der Jugendhilfe. Wir legen besonderen Wert auf Präventions- und Partizipationskonzepte der einzelnen Einrichtungen sowie deren Überprüfung durch die Heimaufsicht im Zusammenhang mit bestehenden aber auch neu zu verhandelnden Leistungsvereinbarungen.

### Menschen mit Behinderung

In der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung heißt es in Artikel 1:

“Zweck dieses Übereinkommens ist es, die volle und gleichberechtigte Ausübung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung ihrer angeborenen Würde zu fördern.”

Volle und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle Menschen war schon immer Ziel GRÜNER Politik!

Die Möglichkeit und Befähigung zur Selbstbestimmung des Einzelnen ist daher eines unserer Leitprinzipien. Menschen mit Behinderung haben es immer noch schwer, die sich überall befindlichen Hindernisse zu überwinden und in einer auf Erfolg eingestellten Gesellschaft die ihnen gebührende Anerkennung zu finden. Behinderung darf nicht dazu führen, dass Menschen in ihrer selbstbestimmten Lebensführung beschnitten werden.

Wir fordern

- dass alle Möglichkeiten der Integration körperlich, geistig und seelisch behinderter Menschen in einem möglichst selbst bestimmten Lebenslauf ausgeschöpft werden.
- dass unsere Regelschulen in die Lage versetzt werden, Kinder mit allen Formen der Behinderung zu unterrichten.
- dass bauliche, die Mobilität von Menschen mit Behinderungen erschwerende Barrieren abgebaut werden.
- dass sich der Landkreis Gießen für Arbeits-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Handicap einsetzt.
- einen erleichterten, unbürokratischen Zugang zum Persönlichen Budget

- dass die Arbeit der lokalen Behindertenbeauftragten koordiniert und optimiert wird und möglichst alle Menschen mit Behinderung über die Ihnen zustehende Unterstützung informiert werden.
- eine Regionalisierung der Arbeit des Landeswohlfahrtsverbandes

#### Was ist der Landeswohlfahrtsverband?

Der Landeswohlfahrtsverband ist ein Zusammenschluss der Landkreise und kreisfreien Städte in Hessen, dem soziale Aufgaben übertragen wurden. Dazu gehört die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen in Wohneinrichtungen, aber auch die Finanzierung von Reha-Werkstätten und Tageseinrichtungen für behinderte Menschen. Die GRÜNEN treten dafür ein, dass die Arbeit des Landeswohlfahrtsverbandes regionalisiert wird, damit den Menschen Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung stehen. Wir unterstützen das Vorhaben des Landeswohlfahrtsverbandes, die personenzentrierte Steuerung der Eingliederungshilfe (Projekt Perseh) voranzubringen und wünschen uns eine baldige Einführung von Perseh im Landkreis Gießen.

#### Alte Menschen

Höhere Lebenserwartung, bessere Bildung, größere Mobilität haben alle Menschen verändert. Allerdings werden in Zukunft immer weniger versorgende Familienstrukturen vorhanden sein, was die Gesellschaft vor neue Herausforderungen stellt.

Alte Menschen wollen und sollen solange wie möglich selbstbestimmt in ihrer gewohnten Umgebung leben und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die Selbstbestimmung jedes einzelnen Menschen über seine Wohnsituation und – falls notwendig – über seine Betreuung muss immer gewahrt werden und Maßstab aller Angebote sein.

#### Wir wollen

- die Unterstützung für die Bildung von Altenwohngemeinschaften.
- die Förderung des barrierefreien Um- und Ausbaus von Wohnungen.
- die Förderung von generationenübergreifendem Wohnen.
- die Förderung von Angeboten, die es alten Menschen erleichtern, am kulturellen und sozialen Leben im Kreis Gießen teilzunehmen.
- die Verbesserung des ÖPNV-Angebotes.
- die Unterstützung von Projekten, die eine Verbesserung der Beziehung zwischen jungen und alten Menschen zum Ziel haben.
- die Förderung praktischer Nachbarschaftshilfe und die Unterstützung von Selbsthilfe-Netzwerken.

- ein ausreichendes und vernetztes Angebot an Tagespflege- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen wie auch Maßnahmen zur ambulanten Rehabilitation.

Wir GRÜNE treten für eine nutzerorientierte Ausgestaltung der Pflege ein, die von den Bedürfnissen der Menschen ausgeht. Physische, psychische, pädagogische und soziale Aspekte müssen in die Versorgung und Pflege der Bedürftigen einfließen. Deshalb wollen wir im Landkreis Gießen die Beratungs- und Koordinierungsstelle für ältere und pflegebedürftige Menschen (Beko) sichern und stärken.

## Gesundheit

Gesundheit ist ein kostbares Gut, welches es zu erhalten und zu schützen gilt.

### Gesundheitsvorsorge im Landkreis Gießen

Der Kreis soll durch die in seiner Verantwortung liegenden Einrichtungen ein Augenmerk auf die Bedeutung der Gesundheitsvorsorge richten. Durch:

- die weitere Unterstützung der im Kreis tätigen Selbsthilfegruppen,
- die Beratung und Vorsorgemaßnahmen des Gesundheitsamtes,
- ein besseres Beratungsangebot für eine gesundheitsfördernde Lebensweise schon ab dem Kindergartenalter,
- die Förderung eigenständiger Mobilität von Kindern und Jugendlichen z.B. durch sichere Schulwege und ein gutes Radroutennetz,
- durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Umweltmedizin über umweltmedizinische Gesichtspunkte,
- ein Dolmetscherangebot für die Behandlung ausländischer Mitbürger\*innen,
- die Einrichtung eines Schulsanitätsdienstes an jeder weiterführenden Schule.

### Psychiatrische Versorgung im Landkreis Gießen

Dies ist ein wichtiges Thema GRÜNER Politik im Landkreis Gießen. Der "Psychiatrieplan" für den Kreis Gießen wurde auf unsere Initiative hin vor einigen Jahren grundlegend überarbeitet und muss nun regelmäßig fortgeschrieben werden. Wir wollen weiterhin dafür Sorge tragen, dass

- der Kreis zu 100% die Koordination der Versorgungsangebote übernimmt.
- den Betroffenen ein ausreichendes Maß an Hilfs-, Wohn- und Beratungsangeboten zur Verfügung steht.
- dabei die wohnortnahe, ambulante Versorgung einer stationären Unterbringung vorgezogen wird, sofern nicht andere Gründe dagegen sprechen.
- vor allem die Bedürfnisse der psychisch kranken Menschen und deren Angehöriger dabei berücksichtigt werden.

### *Suchtprävention im Landkreis Gießen*

Viele Menschen in unserer Gesellschaft sind abhängig von Suchtmitteln. Unabhängig davon, ob es sich um legale oder illegale Suchtmittel handelt, benötigen sie unsere Hilfe. Während es sich bei Alkohol- und Medikamentenabhängigen um gesellschaftlich weitgehend tolerierte Abhängige bzw. kranke Menschen handelt, sind die Abhängigen von sogenannten illegalen Drogen stigmatisiert. Wir setzen uns daher einerseits für eine Entkriminalisierung in der Drogenpolitik ein. Andererseits fordern wir, dass die Prävention und die Hilfe für alle Süchtigen ausgebaut werden. Wir wollen, dass

- der Landkreis Gießen die vorhandenen Beratungs- und Kontaktmöglichkeiten (z.B. die Jugend- und Drogenberatungsstelle, die psycho-soziale Kontakt- und Beratungsstelle Laubach) ausreichend fördert.
- weitergehende ergänzende Einrichtungen geschaffen werden.
- noch mehr Beratung in Schulen, Jugendzentren und Elternkreisen angeboten wird.
- der Einsatz von Streetworkern forciert wird.

### *Ärztliche Versorgung auf dem Land*

Durch die Zentralisierung auf die großen Städte entsteht in den Ortschaften ein Infrastrukturdefizit. Zukünftig und bereits auch heute schon bestehen die wachsenden Herausforderungen im Bereich der Gesundheits- und Pflegeversorgung.

Die Überalterung der Kommunen sowie der fehlende Anreiz für junge Ärzt\*innen sich hier niederzulassen, führt früher oder später zu Versorgungs- und Betreuungsproblemen.

Die bereits bestehende Gesundheitsversorgung muss besser vernetzt und gebündelt werden. Als sinnvoll betrachten wir Gesundheitszentren im Idealfall unter Einbeziehung ortsansässiger Ärzt\*innen, der Apotheke, sowie eine Vernetzung der Sozialstationen und weiteren Gesundheitsversorgern.

Ein großes Problem stellt die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Landkreis Gießen außerhalb der Sprechzeiten der Hausärztinnen und Hausärzte dar. Wir GRÜNE fordern daher die Aufrechterhaltung der ärztlichen Versorgung außerhalb der normalen Öffnungszeiten. Die Versorgung von Kranken außerhalb der Sprechzeiten der Hausärzt\*innen wird durch den Ärztlichen Bereitschaftsdienst (ÄBD) sichergestellt. Die Kassenärztliche Vereinigung Hessen hat den Ärztlichen Bereitschaftsdienst in den letzten Monaten reformiert. Dabei wurden Hessenweit zahlreiche Standorte geschlossen. Damit verlängern sich die Fahrzeiten in eine Praxis erheblich. Die Wartezeit für einen Hausbesuch hat sich ebenso verlängert. Die Erreichbarkeit der Bereitschaft über Telefon hat sich verschlechtert, minutenlange Wartezeiten sorgen für einen gefährlichen Zeitverzug bis unter Umständen lebensrettende Maßnahmen getroffen werden.

Wir GRÜNE kämpfen für den Erhalt der bestehenden Standorte des ÄBD Mittelhessen. Viele Standorte im Landkreis Gießen wurden bereits geschlossen. Gießen, Grünberg, Lich, Linden und Lollar müssen erhalten werden.

## Integration

Integration bedeutet Einbeziehung und Zusammenwachsen von Menschen und Gruppen im Alltag. Dies impliziert, dass Integrationsabsicht und -wille sowohl von der zu integrierenden Gruppe, aber auch von der Mehrheitsgesellschaft ausgehen muss. Integration braucht geeignete Maßnahmen. So liegt es an der Mehrheitsgesellschaft und deren Teilsystemen wie zum Beispiel Recht, Politik und Bildung, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei ist es wichtig, die demokratischen Grundsätze zu beachten und die Betroffenen einzubeziehen.

Integration ist ein Prozess und dieser gelingt in der Kommune "vor Ort": In Kindertagesstätten, in Schulen, in Ausbildungsbetrieben, am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft und in der Freizeit, wenn sich Menschen, die ihren Interessen nachgehen, begegnen.

Integration ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Besonderen Handlungsbedarf sehen wir in folgenden Bereichen:

- Kinderbetreuung und -förderung, Entwicklung der Kindertagesstätten zu
- Familienzentren;
- Weiterbildung der Erzieher\*innen im Bereich interkultureller Kompetenzen;
- Unterstützung der Programme zur Sprachförderung wie z. B. „Schule für Alle“, der
- Hausaufgabenhilfe, sowie dem kindergartenergänzenden Förderprogramm für Migrantenfamilien „HIPPY“;
- Berufliche Orientierung und Qualifizierung für Migrant\*innen in Abstimmung mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter;
- Ausreichende Ausstattung des Kreisausländerbeirates.

## Flüchtlinge

Nicht nur durch die hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen, auch durch die Versorgungsverpflichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge der Stadt Gießen muss sich unsere Region einer besonderen Herausforderung stellen. Sobald der Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge geklärt ist, werden sie auf die Kreiskommunen verteilt. Mittlerweile gibt es in allen Kommunen des Kreises Flüchtlingsunterkünfte. Kreisweit ist die Flüchtlingsarbeit sowie das Thema der adäquaten Unterbringung zur gesellschaftlichen Aufgabe geworden. Zahlreiche Bürgerinitiativen kümmern sich vorbildlich um die Integration der Betroffenen. Sie vermitteln bei sprachlichen Defiziten, unterstützen bei Ämtergängen und versuchen den Flüchtlingen in den jeweiligen Einrichtungen Angebote für die Freizeitgestaltung zu unterbreiten.

Wir spüren eine große Bereitschaft und den Gedanken der Willkommenskultur. Auf Verwaltungsebene werden ebenfalls große Anstrengungen unternommen, dieser Aufgabe gerecht zu werden. So werden Sprachkurse angeboten und gefördert, Sozialarbeiter\*innen mit Sprechstunden in den jeweiligen Unterkünften eingesetzt und eine möglichst schnelle Klärung des Aufenthaltsstatus angestrebt. Ebenfalls ist es erklärtes Ziel des Landkreises weitere Stellen für Sozialarbeiter\*innen zu schaffen, sowie eine Betreuung und Unterstützung der Ehrenamtlichen durch geschultes Personal zu etablieren. Eine durch die Kreiskoalition verabschiedete Richtlinie soll deutliche Verbesserungen der Versorgung der Flüchtlinge und Möglichkeiten zur Einführung von Standards in den Flüchtlingsunterkünften herbeiführen.

Für uns GRÜNE im Kreis Gießen gilt:           Kein Mensch ist illegal!

Jeder und jede hat das Recht in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu erhalten.

Es ist gut, dass auch im Landkreis Gießen wie noch nie über Flüchtlinge berichtet wird. Wir wissen seither mehr darüber, wie hoch riskant es ist, ein Flüchtling zu sein und wie die Not von Schleppern ausgebeutet wird. Das Mitgefühl und die Bereitschaft zur Hilfe wachsen. Das ist definitiv ein Ergebnis des offenen Umgangs mit dem Thema. Wir GRÜNE spüren eine Welle der Solidarität in Deutschland und dem Landkreis. Das ist großartig. Wir brauchen genau diese Zivilgesellschaft sowie eine Politik, die sich an den Grundrechten und Menschenrechten orientiert.

Daher befürworten wir

- die Koordination und Unterstützung der Ehrenamtlichen.
- die Vermittlung von geeignetem Wohnraum für Flüchtlinge, die aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen.
- die sozialverträgliche dezentrale Unterbringung in möglichst kleinen Wohneinheiten als Gemeinschaftsunterkünfte.
- die Förderung von Integrationsmaßnahmen.
- die Sprachförderung von ersten Tag an und unterstützen auch in diesem Bereich ehrenamtliches Engagement.
- dass die Sozialarbeit ausgeweitet wird.
- die Erweiterung der Programme Hallo Welt/ Runde Sache auch für Flüchtlinge.
- die Aufstockung von finanziellen Ressourcen für eine Antidiskriminierungsstelle.
- dass die Flüchtlinge möglichst gleichmäßig in allen Kommunen im Landkreis untergebracht werden.

## Rechtsextremismus/ extremistische Erscheinungsformen

Rechtsextremismus ist in jüngster Vergangenheit durch die Morde der NSU-Terrorzelle, sowie aktuell in der Bundesrepublik durch Angriffe auf Asylunterkünfte besonders im



Fokus. Auch im Landkreis Gießen haben Aktivitäten mit rechtsextremem Hintergrund zugenommen. Besonders die Region im nordöstlichen Kreisgebiet ist davon sehr betroffen. In unserer demokratischen, freiheitlichen Grundordnung sollte jeglichen extremistischen Erscheinungsformen wirksam begegnet werden. Wir GRÜNE stehen für ein weltoffenes, nicht ausgrenzendes Miteinander und verurteilen es scharf, wenn Extremisten „vor Ort“ oder wo auch immer versuchen Fuß zu fassen. In diesem Sinne begrüßen wir, dass der Landkreis bereits aktiv geworden ist und sich der Thematik stellt. Durch eine neu geschaffene Stelle beim Jugendbildungswerk des Landkreises soll rechtsextremen Tendenzen bei Jugendlichen aktiv entgegengetreten werden. Schwerpunkte sollen in einer frühzeitigen Aufklärung an Schulen und in der Bildung von Multiplikatoren liegen.

Wir unterstützen

- die - trotz angespannter finanzieller Situation - neu besetzte Stelle im Jugend Bildungswerk.
- das Angebot von Fachtagungen zum Thema Rechtsextremismus.
- die Aufklärungsarbeit bei Multiplikatoren und in Schulen.
- dass Schulen zu Engagement gegen Rechts ermutigt werden, z.B. zu dem Projekt Schule gegen Rassismus.
- dass Ehrenamtliche gestärkt werden.

Frauenpolitik

Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der von der Quotenregelung nicht mehr die Rede sein muss, für eine Gesellschaft, in der die Verantwortung und soziale Zuständigkeit für alle Menschen zwischen Männern und Frauen ehrlich verteilt ist. Wir wollen die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie für Frauen und Männer erreichen. Wir streben eine Gesellschaft an, in der Einrichtungen wie „Wildwasser“ oder „Unvergesslich weiblich“ und Frauenhäuser nicht mehr gebraucht werden. Dafür werden wir kämpfen und arbeiten.

Auf dem Weg dahin wollen wir

- eine geschlechterbewusste Bildung und Erziehung von Mädchen und Jungen (Selbstwertstärkung; friedliche Konfliktlösung; Lebens- und Familienplanung mit partnerschaftlicher Arbeitsteilung).
- eine geschlechterbewusste Aus- und Weiterbildung von kommunalen Akteurinnen (im Sinne von Gender Mainstreaming).
- geschlechtergerechte Budgetverhandlungen und – Entscheidungen.
- die Weiterentwicklung des Frauenförderplans in der Kreisverwaltung.

## Gewalt gegen Frauen und Kinder

In den letzten 25 Jahren ist das Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder, dank der Aufklärungsarbeit der in Frauenhäusern, Notrufgruppen, Wildwasser- und anderen Beratungsstellen Tätigen, aus der Tabuzone in die Öffentlichkeit geholt worden.

Wir setzen uns dafür ein, dass

- die Frauenhäuser, das Notruftelefon, die Beratungsstellen von Wildwasser und Kinderschutzbund sowie das Beratungsangebot für sexuell übergriffige Jungen und Mädchen (LIEBIGneun) bedarfsgerecht gefördert werden, weil deren Arbeit unverzichtbar ist.
- der Landkreis Gießen sich an der Mädchenzuflucht der Stadt Gießen beteiligt und ein ähnliches Angebot für Jungen eingerichtet wird.
- der Landkreis Gießen in der Ausgestaltung seiner Leistungsvereinbarungen mit Jugendhilfeeinrichtungen und Kindertageseinrichtungen ein besonderes Augenmerk auf die Installation und Überprüfung von Gewaltpräventionskonzepten legt.

## Erfolge in der Sozialpolitik unter GRÜNER Beteiligung

### Arbeitsmarkt

- Re-Kommunalisierung der Hausmeister\*innen und Reinigungskräfte durch einen Eigenbetrieb des Kreises

### Kinder und Jugendliche

- Zertifizierung der Kreisverwaltung als familienfreundlicher Betrieb
- Ausbau des Programms „Hallo Welt“ sowie der Einführung des Projekts „Runde Sache“
- Steigerung der U3 Betreuungsquote auf kreisweit durchschnittlich 38%
- Förderung der Einrichtung von Familienzentren
- Einführung des Pilotprojekts „Pakt für den Nachmittag“
- Ausbau der Sozialarbeit an Schulen
- Stellenerhalt im Jugendbildungswerk

### Menschen mit Behinderung

- Alle neu zu bauenden kreiseigenen Gebäude werden barrierefrei gebaut. Bei Umbauten und Sanierung wird Barrierefreiheit umgesetzt.
- Die Pflichtquote für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen wird erfüllt bzw. überschritten.
- Ein Psychiatriekoordinator wurde eingestellt

### Alte Menschen

- Ein Seniorenbeirat wurde eingerichtet

### Gesundheit

- Zur Sicherung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung, besonders im ländlichen Raum, fanden regionale Gesundheitskonferenzen statt. Im Nordkreis befindet sich ein Projekt mit Unterstützung des Kreises zwischen den Kommunen Rabenau und Allendorf/ Lumda in der Umsetzung.
- Die Jugend- und Drogenberatungsstelle Gießen sowie das Angebot in Grünberg wird weiterhin gefördert.

### Integration

- Der Kreisausländerbeirat hat ein eigenes Antragsrecht erhalten

### Frauen

- Eine externe Frauenbeauftragte wurde wieder eingestellt.

### Gewalt gegen Frauen und Kinder

- Förderung und Erhalt bestehender Angebote wie zum Beispiel: Frauenhäuser, Notruftelefon, der Beratungsstellen Wildwasser, Kinderschutzbund und Liebig neun

### Rechtsextremismus

- Der Kreis hat sehr gut auf rechte Aktivitäten reagiert und die präventive Arbeit z.B. des
- Jugendbildungswerkes in diesem Bereich verstärkt
- Eine Fachtagung mit der Vorstellung der Studie „Rechte Strukturen im Landkreis“ hat eine breite Zustimmung erfahren
- Es werden weiterhin Schulungen für Multiplikatoren angeboten

## Für ein gutes Klima im Kreis Gießen

- Eine Resolution gegen Extremismus wurde verabschiedet
- Das Thema wurde generell offen behandelt

### Flüchtlingspolitik

- Zusätzliche Sozialarbeiter\*innen wurden eingestellt
- Sprachkurse werden finanziert
- Die Unterbringung der Flüchtlinge konnte jederzeit gewährleistet werden
- Der Landkreis unterstützt aktiv die Initiierung von „Runden Tischen“
- Die Zusammenarbeit der Flüchtlingsbetreuung mit der Kreisausländerbehörde funktioniert sehr gut, der Auszug aus den Gemeinschaftsunterkünften sowie eine Stattsicherheit kann in vielen Fällen zeitnah umgesetzt werden.
- Einheitliche Standards in den Gemeinschaftsunterkünften wurden eingeführt

## Für ein gutes Klima auf unseren Schulhöfen

*Unser Programm zur Bildungspolitik vor Ort*

### Bildung als Zukunftschance

Wir wollen im Landkreis Gießen dafür sorgen, dass der Kreis als Schulträger alles in seinen Kräften stehende dafür tut, den Schülerinnen und Schülern zukunftsfähige Rahmenbedingungen mit erweiterten Lernmöglichkeiten zu bieten.

Denn Bildung entscheidet in unserer Gesellschaft maßgeblich über die Zukunftschancen von Menschen. Sie ist die Grundvoraussetzung für die Gestaltung des eigenen Lebens sowie für den gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt.

Die Folgen von ungleichen Bildungschancen sind ungleiche Lebensbedingungen. Wir GRÜNE stehen für eine demokratische Gestaltung des Schullebens durch Lehrer\*innen, Schüler\*innen und Eltern. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung und mit unterschiedlichen Nationalitäten gleichberechtigt, gemeinsam leben und lernen können.

In Deutschland bestimmt die soziale Herkunft den Bildungserfolg immer noch in so starkem Maß, wie kaum in einem anderen Land (das belegen zahlreiche aktuelle Bildungsstudien). Dabei bleiben die Chancen vieler auf der Strecke. Längeres gemeinsames Lernen würde das verändern, weil das Lernen in heterogenen Gruppen erfolgreich die Bildungskompetenz fördert. Wir müssen dafür sorgen, dass die sprachliche Entwicklung von Kindern frühzeitig, individuell gefördert wird. Das ist besonders für die in großer Zahl zu uns kommenden Flüchtlingskinder wichtig.

Wir wollen, dass alle unsere Grundschulen in der kommenden Wahlperiode die Möglichkeit erhalten, am Pakt für den Nachmittag teilzunehmen und damit Bildungs- und Betreuungsangebote von 7.30 Uhr bis 17.00 Uhr zur Verfügung stellen können. Darüber hinaus streben wir an, den Schulen, die ein weitergehendes Ganztagsangebot schaffen wollen, das zu ermöglichen.

Das ist nötig, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, aber auch, um die Bildungschancen aller Kinder zu verbessern.

Gleichzeitig müssen Schulstart und Kindergarten (bzw. andere Vorschuleinrichtungen) intensiver miteinander verzahnt werden. Flexiblere Übergänge sind wegen der unterschiedlichen Entwicklung gleichaltriger Kinder dringend erforderlich.

Ähnliches gilt für den Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule. Auch hier ist eine intensive Zusammenarbeit der Grund- und Gesamtschulen notwendig.

## Schulentwicklungsplanung

Die Schulentwicklungspläne müssen regelmäßig (d.h. alle 5 Jahre) fortgeschrieben werden. Unsere Ziele dafür sind:

- Möglichst vielen Kindern und Jugendlichen im Landkreis sollen möglichst viele Bildungsabschlüsse offen stehen. Dazu ist ein breites, wohnortnahes Bildungsangebot für alle nötig.
- Das beginnt bei den Grundschulen. Wir wollen trotz zurückgehender Schülerzahlen möglichst viele Schulstandorte erhalten. Jahrgangsübergreifender Unterricht kann dies auch bei kleinen Schulen ermöglichen. Die Schulen, die nach dem Jenaplan arbeiten, können hier als Modell dienen.
- Die Grundschullandschaft in Staufenberg ist aus unserer Sicht ein Sonderfall. Siehe dazu im Programmteil „Bauen“.
- Die weiterführenden Schulen im Landkreis gilt es ebenso zu erhalten. Angesichts der demographischen Entwicklung sind hierzu allerdings größte Anstrengungen nötig. Eine gute Ausstattung der Schulen muss an dieser Stelle selbstverständlich sein.
- Die Zusammenarbeit der stadtnahen Gesamtschulen des Landkreises ohne Oberstufe mit Oberstufenschulen der Stadt Gießen ist auszubauen. Hier kann der Verbund der integrierten Gesamtschulen rund um und in Gießen Vorbild sein. Jedes Kind, das in Klasse 5 einer Schule des Landkreises eingeschult wird, soll wissen, dass es einen sicheren Oberstufenplatz im Landkreis oder in der Stadt Gießen hat.
- Dies gilt natürlich ebenso für die Zusammenarbeit der Landkreisschulen untereinander. Hier haben sich in den letzten Jahren positive Perspektiven entwickelt, die es auszubauen gilt.
- Die Schulen in privater Trägerschaft sind in die Planung miteinzubeziehen, soweit es möglich und gewünscht ist.

Bei der Schulentwicklungsplanung wird das Thema Inklusion immer wichtiger. Das gilt für alle Schulformen. Immer mehr Eltern wollen für ihre Kinder die gemeinsame Beschulung in der Regelschule. Dem wollen wir vermehrt Rechnung tragen. Die räumlichen Anpassungen dafür muss der Kreis als Schulträger leisten. Wir erwarten aber auch vom Land eine stärkere Unterstützung dafür.

## Schülerbetreuung - Pakt für den Nachmittag - Ganztagschule

Die Schülerbetreuung an den Schulen des Landkreises ist weiter auszubauen. Der „Pakt für den Nachmittag“ ermöglicht uns das in einem viel größeren Ausmaß als bisher. Von 7.30 Uhr bis 17 Uhr wird an diesen Schulen ein Betreuungsangebot garantiert, das pädagogisch sinnvoll und für die Eltern gut finanzierbar ist (für das Angebot bis 14.30 Uhr max. 50 €, für das Angebot bis 17 Uhr max. 100 €). Als Pilotprojekt konnten im Schul-

jahr 2015/16 20 Grundschulen im Kreis Gießen in den „Pakt“ aufgenommen werden, wir wollen es allen anderen ebenfalls ermöglichen. Für das kommende Schuljahr haben sich weitere Schulen auf den Weg gemacht.

Unser langfristiges Ziel bleibt es, auch in unserem Kreis echte Ganztagschulen einzurichten. Voraussetzung ist allerdings, dass die Schulgemeinde vor Ort das will. Das ist in Hungen-Obbornhofen der Fall. Die Jenaplanschule hat den Antrag auf gebundene Ganztagschule gestellt. Wir wollen das ermöglichen.

Der Pakt für den Nachmittag kann der Weg zur Ganztagschule sein, weil in den Pakt-schulen gezeigt werden kann, dass eine Verzahnung von Vor- und Nachmittag für die Kinder von Vorteil ist.

Ganztagschule ist für uns mehr als nur Betreuung für einen Teil der Schülerschaft. Es bedeutet, dass alle Kinder in der Schule bleiben, dass es keine Hausaufgaben mehr gibt. Die schulischen Angebote wechseln sich mit Ruhe- und Bewegungsphasen ab, Konzentration und Entspannung ebenfalls. Lehrer\*innen sind vormittags wie nachmittags in der Schule, genauso andere Professionen wie Sozialarbeiter\*innen und Erzieher\*innen. Der Pakt ist auch hier ein Einstieg, weil Lehrer\*innen an den Pakt-schulen nachmittags dabei sind und in multiprofessionellen Teams mitarbeiten.

## Schulverpflegung

Immer mehr Schüler\*innen essen in der Schule. Neben einem konventionellen Essen, wird immer auch ein vegetarisches Essen angeboten, meist auch ein Essen ohne Schweinefleisch. Die Qualität des Essens schwankt sehr stark. Nur in 3 Schulen wird jeden Tag frisch gekocht. In den anderen Schulen ist die Mittagessensversorgung sehr von der Qualität der Caterer abhängig. Aber auch der Transport und die Aufbereitung des Essens vor Ort beeinflussen stark die endgültige Konsistenz, den Geschmack und den Vitamingehalt. Wir wollen die Essensversorgung in den Schulen des Landkreises in den nächsten 5 Jahren auf ein besseres Gesamtniveau bringen. Der Preis eines Mittagessens für ein Kind sollte dabei im vernünftigen Rahmen bleiben, ohne allerdings durch übertriebene Sparsamkeit die Qualität zu beeinträchtigen.

## Inklusion

Inklusion ist keine Frage des „ob“, sondern des „wie“. Wir wollen einen Umbau des Schulsystems, der langfristig den Abbau der Förderschulen beinhaltet. Dieser Umbau darf nicht zu Lasten der Schüler\*innen erfolgen. D.h. für uns, dass Förderschulen (oder Abteilungen von Förderschulen), die geschlossen werden sollen, nach und nach auslaufen. Den verbleibenden Schüler\*innen muss ein guter Übergang auf andere Schulen ermöglicht werden, wie es im Fall der Lindenschule geschehen ist.

Weiterhin müssen die Lehrer\*innen der abgebauten Förderschulen im System erhalten bleiben und dem inklusiven Unterricht zur Verfügung stehen. Ein Stellenabbau oder eine Stellenverlagerung in andere Bereiche dürfen nicht stattfinden.

Zur Zeit betreibt der Landkreis 4 Förderschulen. Hierzu steht die Ergänzung des Schulentwicklungsplans an. Der Förderschwerpunkt Lernen gehört aus unserer Sicht genauso wie der Förderschwerpunkt sozial-emotionale Entwicklung an die einzelnen allgemeinbildenden Schulen.

Körperbehinderte Kinder gehören ebenfalls an die Regelschule. Die Ausstattung muss so erfolgen, dass die Kinder möglichst vor Ort beschult werden können. In Ausnahmefällen müssen Schwerpunkte gebildet werden.

Auch Hör- und Sehbehinderte sollten an den allgemeinbildenden Schulen beschult werden. Bei völlig blinden und tauben bzw. taubstummen Menschen sollten Förderphasen in den entsprechenden landesweiten Zentren erfolgen.

## Sozialarbeit an Schulen

Der Landkreis hat in der letzten Legislaturperiode die Sozialarbeit an Schulen weiter ausgebaut. Mittlerweile sind alle Gesamtschulen und alle Förderschulen mit Sozialarbeiter\*innen versehen, die der Kreis bezahlt. Dies gilt auch für die Grundschulen im Bereich Grünberg/Laubach, im Bereich Pohlheim/Linden/Langgöns, Reiskirchen/Buseck und die Grundschule Lollar. Wir befürworten den weiteren Ausbau an den anderen Grundschulen.

## Schülerbeförderung

Die „Clever Card kreisweit“ wurde in diesem Schuljahr flächendeckend im Landkreis eingeführt. Damit wird den Schüler\*innen, die jeden Tag zur Schule fahren müssen, der Vorteil gewährt, dass sie überall im Landkreis und der Stadt Gießen den ÖPNV umsonst nutzen können. Das ist ein Schritt nach vorn.

Der Schülerverkehr soll auch weiterhin gute und schnelle Verbindungen für die Schüler\*innen zur Verfügung stellen. Im Zuge der Einrichtung von Betreuungen am Nachmittag (Pakt) werden nachmittags zusätzliche Fahrten nötig. Teilweise können im Gegenzug Fahrten am Vormittag gestrichen werden.

## IT-Ausstattung an Schulen

Der Technologieplan des Kreises wird gemeinsam mit dem M@us-Zentrum konsequent umgesetzt. Eine Fortschreibung ist gerade in Arbeit. Open-Source Produkte werden schon in großem Umfang in den Schulen eingesetzt, auch dabei ist das M@us-Zentrum sehr hilfreich. Das soll weiter ausgebaut werden. Die Stellen für die Wartung der Schul-



IT wurden im Servicebetrieb angesiedelt und konnten so in Dauerstellen überführt werden. Bei einem weiteren Ausbau der Gerätezahl an den Schulen sind auch hier mehr Stellen erforderlich.

### Erfolgreiche GRÜNE Bildungspolitik vor Ort:

- Schulentwicklungsplan für die allgemeinbildenden Schulen
- Schulentwicklungsplan für die berufliche Schule
- Pakt für den Nachmittag an 20 Grundschulen im Kreis
- Weiterer Ausbau der Sozialarbeit an Schulen im Kreis
- Inklusion der Lindenschule in die Anne-Frank-Schule
- Einführung der Clever Card kreisweit

### Bauen

Hier müssen Prioritäten rational gesetzt werden. Ziel ist es:

1. Möglichst gleiche Lernbedingungen für alle Schüler\*innen im Kreis zu schaffen.
2. Die Schulen mit ausreichend großen Klassen- und Fachräumen auszustatten, um alle Unterrichtsstunden halten zu können. Das beinhaltet auch Sporthallen.
3. Ganztagsschulbereiche in dem Maß zur Verfügung zu stellen, wie sie benötigt werden.
4. Unsere Liegenschaften auf einen energetisch hochwertigen Stand zu bringen. Das nutzt der Umwelt, aber auch den Kreisfinanzen. Alle Neubauten sollen Passivhausstandard erreichen oder Energie-Plus Häuser sein. Alle Sanierungen sollten einen ähnlich hohen Standard erreichen, sofern das bautechnisch und wirtschaftlich sinnvoll ist.
5. Schulhöfe mit altersgerechten Spiel- und Sportmöglichkeiten auszustatten und Schulgärten oder -beete anzulegen, wenn eine Schule das wünscht und pädagogisch unterstützt.

Wir setzen uns in Staufenberg für eine gemeinsame Grundschule ein. Diese Schule soll die kleinen Grundschulen zusammenführen. Nur so ist es möglich, für die Kinder ein gutes und bezahlbares Nachmittagsangebot zu ermöglichen. Ebenso kann nur so auf Dauer eine gute Lehrer\*innenversorgung gewährleistet werden, gleiches gilt für die Ausstattung mit Fachräumen. Ein intensiver Dialog mit den Schulleitungen und dem Bürgermeister findet schon seit einiger Zeit statt. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird in nächster Zeit beginnen. Hier muss u.a. geklärt werden, ob alle 4 oder nur 3 der jetzigen Schulstandorte zu Gunsten der neuen Schule aufgelöst werden sollen.

Neben der neuen Schule in Staufenberg ist aus unserer Sicht die Verbesserung der Situation der Limeschule in Pohlheim dringend erforderlich. Die Schule hat eine hohe

Schüler\*innenzahl, die auch nicht zurückgehen wird. Hier fehlt ein Ganztagsschulbereich, gleichzeitig wird Betreuung in hohem Maß nachgefragt. Die Substanz der Schule ist nicht gut, energetisch ist sie desolat. Die Anordnung der Räume ist pädagogisch nicht mehr zeitgemäß. Deswegen wollen wir einen Neubau errichten.

Die Sporthalle an der Anne-Frank-Schule in Linden ist ähnlich zu beurteilen. Sie wird gebraucht, die Substanz ist schlecht, die Energie wird zum Fenster hinaus geheizt. Deswegen wurden in den Haushalt 2016 Planungskosten eingesetzt. Wir wollen das Projekt umsetzen.

Wir wollen den Bauprozess an der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung neu organisieren. Standards für bestimmte Arten von Gebäuden (z.B. Grundschulen) müssen von der Politik auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen werden. Wir wollen die politischen Gremien sehr früh in die Planung der einzelnen Bauprojekte einbeziehen und grundsätzlich entscheiden lassen. Danach soll die Verwaltung an Hand der Standards arbeiten können.

Die Bauunterhaltung des Kreises ist so auszustatten, dass es ihr möglich ist, die Gebäude so instand zu halten, dass kein Sanierungsstau entsteht. Dazu soll der Bauunterhaltungs-Index wieder auf 1,2% des Wiederherstellungswertes der Gebäude angehoben werden. Gleichzeitig ist die personelle Ausstattung zu verbessern.

### Kommunales Investitionsprogramm (KIP)

Dem Landkreis Gießen steht in den Jahren bis 2018/19 Geld aus den kommunalen Investitionsprogrammen des Landes (ca. 6 Mio. €) und des Bundes (ca. 19 Mio. €) zusätzlich zum Haushalt zur Verfügung.

Die Mittel aus dem Landesprogramm können für alle möglichen Investitionen des Kreises eingesetzt werden. Wir GRÜNE wollen damit die Herstellung von Ganztagsbereichen an den Schulen finanzieren, um alle Grundschulen im Kreis entsprechend auszustatten. Konkret heißt das, dass neue Mensen, Aufenthalts- und Ruheräume für die Nachmittagsbetreuung an den Schulen entstehen werden. Der Bau eines Ganztagsbereiches an der Limeschule Pohlheim soll sofort erfolgen.

Wir GRÜNE wollen die Mittel aus dem Bundesprogramm komplett für die energetische Sanierung von Schulgebäuden und der Kreisvolkshochschule einsetzen. So soll u.a. der letzte Bauabschnitt der Adolf-Reichwein-Schule vorgezogen werden. An der Gesamtschule in Hungen steht die Sanierung von Dach, Fenster und Fassade des Hauses 7 an (Zentralgebäude). Auch an den Grundschulen Heuchelheim und Wißmar sollte die energetische Sanierung die Heizkosten drastisch nach unten korrigieren.

## Erfolgreicher GRÜNER Schulbau:

- Neubau Erich-Kästner-Schule Lich im Passivhausstandard
- „Mobi-sku:l“ in Reiskirchen und an der Dietrich-Bonhoeffer-Schule Lich
- Beginn des Neu- und Umbaus der Grundschule Krofdorf-Gleiberg
- Beginn des Neubaus eines Klassentrakts und einer Aula an der Theo-Koch-Schule Grünberg (Passivhaus)
- Beginn des Neubaus der Dreifeldsporthalle an der Gesamtschule Hungen (Passivhaus)
- Beginn der energetischen Sanierung des Gebäude C mit neuer Mensa an der Anne-Frank-Schule Linden (Passivhaus)
- Beginn der energetischen Sanierung des Hauses A an der Clemens-Brentano-Europa-Schule Lollar (Passivhaus)
- Neue Mensen/Ganztags schulbereiche in zahlreichen Schulen (Kirschbergschule Reiskirchen, Busecker Grundschulen, Inheiden)
- Sanierung und Umbau der Adolf-Reichwein-Schule in Pohlheim

## Für ein gutes Klima auf den Straßen

### *Wie wir den Verkehr gestalten wollen*

Mobilität ist Lebensgrundlage und eröffnet Chancen. Belastend wird Mobilität dann, wenn Lärm, Abgase, Umweltzerstörung und Unfälle entstehen.

Unser Verkehrsmodell, das weitgehend auf dem Verbrauch von fossilen Brennstoffen fußt, kann in dieser Form nicht weiter bestehen.

Wir GRÜNE setzen auf natürliche und umweltverträgliche Mobilität. Unsere Verkehrspolitik richtet sich nach ökologischen und sozialen Kriterien.

### Zu Fuß und mit dem Rad

Fuß- und Radwege sind das Rückgrat der Mobilität am Wohnort. Hierfür brauchen wir bequem begehbare Fußwege und ein sicheres Wegenetz für den Radverkehr.

Bei innerörtlichen Straßenbaumaßnahmen ist darauf zu achten, dass die Gehwegmindestbreiten eingehalten werden. Barrierefreiheit ist uns wichtig und muss bei jeder Baumaßnahme Berücksichtigung finden. Vor Ort setzen wir uns dafür ein, dass das rechtswidrige Gehwegparken unterbunden wird. Wo Fußgänger\*innen wegen zu schmaler Gehwege gefährdet sind, muss die Geschwindigkeit begrenzt werden.

Der Radverkehr bedarf eines lückenlosen Radroutennetzes. Darauf werden wir bei der Sanierung von Kreisstraßen weiterhin achten. Die Beschilderung der bestehenden Radrouten ist ausgearbeitet und soll nun durchgeführt werden.

Wir setzen uns für weiße Randmarkierungen auf unbeleuchteten Radwegen ein, damit das Fahrrad auch bei Dunkelheit eine sichere Alternative zum Auto darstellt.

Der Landkreis benötigt ein Radverkehrskonzept. Die Umsetzung sollte sofort nach Vorlage begonnen werden, zumal das Land dank des GRÜNEN Verkehrsministers Radwegebau verstärkt fördert.

Ein Netz von gemeindlichen Radverkehrsbeauftragten ist durch den Landkreis zu organisieren. Der Landkreis sollte eine\*n Radverkehrsbeauftragte\*n ernennen. Wir GRÜNE setzen uns nach wie vor für ein Radverkehrsforum Mittelhessen ein, um die Radverkehrsförderung im gesamten mittelhessischen Raum zu koordinieren und zu verbessern. Überdachte Abstellanlagen an zentralen Haltestellen des ÖPNV sind zu schaffen, um die Vernetzung von Radverkehr und ÖPNV zu verbessern. Die Mitnahmemöglichkeit von Fahrrädern im ÖPNV muss vorangetrieben werden.

An den Schulen des Landkreises sollen sichere und hochwertige Fahrradabstellanlagen entstehen. Das Thema Radverkehr soll in einer Pilotschule gemeinsam mit dem Schulträger bearbeitet werden.

Der Landkreis fördert den Radtourismus, dazu hat er gute Voraussetzungen mit dem Lahntalradweg, dem Limesradweg und dem hessischen Radfernweg R7. Als eine Form des sanften Tourismus soll dies weiterhin geschehen.

## ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr)

Leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel wie Bahn und Bus sind das Gerüst für ein umweltverträgliches Verkehrssystem. Gemeinden und Ortsteile, bei denen ein normaler Busbetrieb nicht finanzierbar ist, sollen durch andere Angebote erschlossen werden. Hierbei kann aus der Palette Klein-Stadtbussysteme, Linientaxi, Bürgerbus, Rufbus, Anschluss-taxi, Anrufsammeltaxi das geeignete verwendet werden. Zusätzlich wollen wir Nachbarschaftsbusse oder andere ausgereifte Bedarfssysteme fördern.

---

### Erklärung:

Linientaxi: Verkehrt wie ein Linienbus nach Fahrplan, auch ohne Fahrgäste sollte die Platzzahl nicht ausreichen, wird über Funk ein zweiter Wagen hinzu gerufen. Normaler Fahrpreis ohne Zuschlag,

Bürger\*innenbus/Rufbus: Z.B. die Gemeinde stellt einen (evtl. von Werbeträgern finanzierten) Kleinbus zur Verfügung, der von wechselnden Personen auf einer festgelegten /variablen Route (nach Anruf) zu festen Zeiten verkehrt. Normaler Fahrpreis ohne Zuschlag.

Anschluss-taxi: Von der/m Busfahrer\*inn wird an eine bestimmte Haltestelle über Funk ein Taxi gerufen, damit die Fahrt bis an die Haustür fortgesetzt werden kann. Normaler Taxipreis, eventuell Ermäßigungen / Zuschüsse möglich, damit pauschale Preise angeboten werden können.

Anrufsammeltaxi (AST): Das Taxi fährt nach ca. 45-minütiger vorheriger, telefonischer Bestellung auf einem festgelegten Linienweg nach festen Fahrplan und befördert die vorgemerkten Personen. In der Regel normaler Busfahrpreis mit Zuschlag. Keine Freifahrt für Menschen mit Behinderung.

---

Das bestehende Angebot des ÖPNV im Landkreis Gießen muss unbedingt erhalten bleiben. Standardabsenkungen, wie sie in anderen Landkreisen aus Kostengründen teilweise stattgefunden haben, wollen wir verhindern.

Benutzerfreundlichkeit ist die Voraussetzung dafür, dass mehr Menschen auf den ÖPNV umsteigen.

Wir setzen uns ein für

- mehr Platz für Kinderwagen, Fahrräder und Rollatoren.
- die konsequente Umsetzung der Barrierefreiheit.
- gute Taktungen für Anschlussverbindungen.
- bessere Verbindungen in den Randstunden und an Wochenenden.
- Anzeigetafeln an zentralen Punkten, die über die nächsten Verbindungen und Verspätungen informieren.
- Job-Tickets in Firmen und Betrieben, die Kreisverwaltung soll hier vorbildhaft handeln (Einführung).
- die Einführung eines Sozialtickets beim RMV (Rhein-Main-Verkehrsbund), ähnlich den gut funktionierenden Systemen im Nordhessischen und Verkehrsverbund Rhein-Ruhr. Dieses vergünstigte Ticket für Bezieher von Sozialleistungen und Arbeitslosengeld II ermöglicht eine größere Mobilität für Menschen mit niedrigem Einkommen, lastet den ÖPNV besser aus und wirkt auch dem verstärkten Zuzug in die Zentren entgegen.

## Lumdatalebahn und Horloffthalbahn

Die Wiederinbetriebnahme der beiden Bahnstrecken ist uns GRÜNEN ein wichtiges Anliegen. Das ist keine Eisenbahnromantik, sondern hat ökologische und wirtschaftliche Hintergründe. Schnelle Bahnverbindungen sind für Pendler\*innen ein besseres Argument für den Umstieg auf den ÖPNV als langsame Busverbindungen. Das gilt gerade für weite Pendelstrecken.

Unsere Schulentwicklungsplanung hat gezeigt, dass Familien sich genau da ansiedeln, wo ein guter Anschluss in die Ballungsgebiete gegeben ist. Ganz klar erkennbar ist, dass Gemeinden oder Ortsteile mit Bahnanschluss hier wesentlich besser abschneiden, als Standorte, die nur über Straßenverbindungen verfügen. Ein Bahnanschluss ist also ein starker Standortfaktor.

Starke Standortfaktoren brauchen gerade unsere Gemeinden im Norden und Osten des Kreises, die den demographischen Wandel am stärksten spüren. Gute Verbindungen verhindern eine Abwanderung von Teilen der Bevölkerung in die Städte. Sie sind ein Anreiz, sich anzusiedeln. Deswegen ist die Reaktivierung der beiden Bahnstrecken dringender denn je.

## Nahverkehrsplan, ZOV\* und Mobilitätszentralen

Ein gemeinsamer Nahverkehrsplan für Stadt und Kreis Gießen bleibt unser Ziel. Der letzte Nahverkehrsplan hatte immerhin schon einen gemeinsamen allgemeinen Teil, für

---

\* Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe

den nächsten wünschen wir uns mehr. Ein gemeinsamer Plan sollte eine bessere Vernetzung der Stadt- und Kreislinien beinhalten. Die Stadt Wetzlar sollte in die Abstimmung mit einbezogen werden.

Der Nahverkehrsplan für den Kreis Gießen wird gemeinsam mit den Plänen für den Wetteraukreis und den Vogelsbergkreis vom ZOV erarbeitet und auch dort verabschiedet. Trotzdem sollte er ebenfalls in den Gremien des Landkreises diskutiert und verabschiedet werden. Die Zuständigkeit für den Nahverkehr haben wir aus unserer Sicht weiterhin, auch wenn wir den Nahverkehr an den ZOV aus Gründen des finanziellen Querverbundes abgegeben haben.

Die Mobilitätszentralen von Stadt und Kreis sollten zusammengelegt werden. Die Außenstelle in Grünberg muss erhalten bleiben, weitere Außenstellen sind bei Synergienmöglichkeiten möglichst an Bahnhaltungen einzurichten. Das Semesterticket soll fortgeführt werden, unser Wunsch wäre die Einbeziehung der Inter-Citys (IC).

Die Clever Card Kreisweit wurde im Kreis Gießen eingeführt. Sie ermöglicht den Schüler\*innen bis Klasse 10 die kostenlose Nutzung aller ÖPNV-Angebote in Stadt und Kreis Gießen, in den Ferien des gesamten RMV-Gebietes.

### Motorisierter Individual Verkehr (MIV)

Wir GRÜNE wollen mehr Stromtankstellen, gespeist durch Strom aus erneuerbaren Energiequellen, in Stadt und Kreis Gießen. Elektroautos sollen überall getankt werden können. Wir begrüßen an dieser Stelle die Initiative von Privaten, die öffentliche Stromtankstellen auf ihren Flächen einrichten (z.B. Asklepiosklinik Lich, Edeka Grünberg, Volksbank in Gießen...), denn die OVAG und die Stadtwerke kommen hier nur langsam voran. Ein flächendeckendes Netz von Stromtankstellen ist Voraussetzung für mehr Elektroautos.

Auch mehr Erdgastankstellen sollten durch die Energieversorger im Kreis und in der Stadt bereit gestellt werden. Erdgas ist zwar eine fossile Energie, aber das Erdgasnetz ermöglicht auch einen Weg in die Zukunft ohne fossile Energien. Zum einen kann Biogas eingespeist werden, zum anderen ist es möglich, überschüssige elektrische Energie (aus Wind- und Solaranlagen) zur Produktion von Wasserstoff oder Methan zu nutzen. Trotzdem ist ein Erdgasbus umweltfreundlicher als viele Erdgasautos, eine Eisenbahn wesentlich ökologischer als viele Elektroautos. Elektro- und Erdgasfahrzeuge können den ÖPNV aber gerade dort ergänzen, wo sich der ÖPNV nicht mehr finanzieren lässt.

### Straßenbau - Radwegebau

Ein Neubau von Kreisstraßen ist aus unserer Sicht nicht erforderlich. Stattdessen muss es um den Erhalt der Infrastruktur gehen. Ähnlich wie bei Autobahnen und Bundesstra-

ßen gibt es hier einen Investitionsstau im Landkreis. Diesen wollen wir nach objektiven Prioritätenlisten nach und nach abbauen, so wie es die Mittel des Kreises zulassen. In den Radwegebau wollen wir in den nächsten Jahren kräftig investieren. Wichtig ist hierbei die Anbindung der Gemeinden an die Stadt Gießen, aber auch untereinander. In Zeiten der E-Bikes geht es hierbei nicht nur um die direkten Nachbargemeinden der Stadt, sondern auch um die Möglichkeit aus weiter entfernten Gemeinden sauber und sicher an den Arbeits- oder Studienplatz zu gelangen.

## Kreisverwaltung

Die Kreisverwaltung und das Jobcenter haben seit 2008 an der Automeile einen autogerechten Standort. Für die nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer\*innen wurde die Erreichbarkeit mit dem Umzug allerdings deutlich verschlechtert. Dies trifft besonders Menschen mit Behinderungen. Zwar wurden die Bushaltestellen mittlerweile barrierefrei gestaltet, aber es fehlt noch der barrierefreie Umbau von drei Ampelübergängen. Ein integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement für die Kreisverwaltung ist in der kommenden Wahlperiode zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Parkraumbewirtschaftung, die Einführung eines Jobtickets, eine bessere betriebliche Radverkehrsförderung und die Verbesserung der Fahrradabstellanlagen für Besucher der Kreisverwaltung.

## Erfolgreiche GRÜNE Verkehrspolitik

- Sanierung Ortsdurchfahrten Göbelnrod und Oppenrod, Sanierung der Verbindung Trohe-Rödgen mit straßenbegleitendem Rad-/Gehweg, Sanierung der K156 entlang des Albachs mit ökologischer Baubegleitung
- Einführung der Clever Card für Schüler\*innen
- Erhalt der Standards im Nahverkehrsplan für den ÖPNV



## Für ein gutes Klima im Internet

### Breitband

Die flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandnetzen zum schnellen Austausch von Informationen und Wissen ist und bleibt ein wichtiger Standortfaktor für Wirtschaft, Bürger\*innen und moderne Verwaltung.

Dazu hat der Landkreis Gießen gemeinsam mit einigen Kommunen sowie zwei privaten Firmen die „Breitband Gießen GmbH“ gegründet. Dadurch ist es gelungen, den Breitbandausbau im Landkreis Gießen beschleunigt voran zu bringen. Zurzeit werden die letzten Lücken geschlossen.

## Für ein gutes Klima auf den Brettern, die die Welt bedeuten

### *Unser Kulturprogramm für den Landkreis*

Kulturelle Teilhabe meint Teilhabe am „guten Leben“ für jede und jeden Einzelne/n. Kultur ermöglicht uns einen neuen Blick auf die Welt. Für uns ist klar: Kulturpolitik ist nicht das feine Sahnehäubchen der Kommunalpolitik, das bei Streichlisten ganz oben stehen darf.

Deswegen treten wir für die weitere Unterstützung des Stadttheaters Gießen durch den Landkreis Gießen ein. Das Theater ist für die Region von hoher Bedeutung. Theater-, Konzert- und Museumsbesuche gehören für uns GRÜNE zum schulischen Unterricht für alle Altersstufen dazu.

Der Kinopreis des Landkreises, der ursprünglich von den GRÜNEN initiiert wurde, soll ebenfalls beibehalten werden. Die beiden Kinos in Lich und Grünberg wollen wir erhalten, hier muss der Kreis notfalls fördernd eingreifen.

Die Musikschulen in Lich, Grünberg und Buseck sollen in der bisherigen Höhe weiter gefördert werden. Wir wollen, dass die musikalische und künstlerische Förderung einen hohen Stellenwert in der Nachmittagsbetreuung der Schulen erhält, damit auch Kinder, deren Eltern Musik- und Kunstschulen nicht bezahlen, ein musikalisches oder anderes künstlerisches Angebot wahrnehmen können.

Das kulturelle Angebot der Kreisvolkshochschule soll beibehalten werden. Wir wünschen uns immer noch eine engere Kooperation der Volkshochschulen in Stadt und Kreis Gießen.

Wir wollen die Schulbibliotheken des Landkreises nach und nach zu modernen Mediatheken ausbauen, wie zuletzt in Hungen geschehen. Jedes Kind sollte an der Schule altersgerechte Medien in großer Auswahl vorfinden. Die Öffnungszeiten der Schulbibliotheken muss der Kreis durch finanzielle Unterstützung verbessern. Öffentliche und Schulbibliotheken sollten intensiver miteinander kooperieren, um Öffnungszeiten zu verlängern und das Angebot an Medien zu vergrößern.

### Denkmalschutz

Denkmalschutz bedeutet Erhalt und Schutz der unverwechselbaren heimischen Kulturlandschaft und historischer Bau- und Bodendenkmäler.

Denkmäler genießen einen hohen ideellen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Wir setzen uns ein für den Schutz und Erhalt der identitätsstiftenden historischen Gebäude, Ortslagen und kulturellen Hinterlassenschaft, die im Landkreis zahlreich vorhanden

## Für ein gutes Klima im Kreis Gießen

sind. Wir halten den Denkmalschutz für unverzichtbar und sehen in ihm einen Beitrag zu hoher Lebensqualität in der Region. Einen wichtigen Anteil am Erhalt und der Förderung unserer Kulturdenkmäler hat der Denkmalbeirat im Landkreis, dessen Arbeit Unterstützung verdient.

Die Entwicklung und Förderung für einen ressourcenschonenden Tourismus kann nur Hand in Hand mit dem Denkmalschutz durchgeführt werden.

## Erfolge GRÜNER Kulturpolitik

- Ausbau der Schulbibliothek an der Gesamtschule Hungen zu einer großen Mediathek.
- Unterstützung der Kinos auf dem Land bei der Digitalisierung.

## Für gutes Klima in der Wirtschaft

### Grüne Wirtschaftsförderung

Die Begrenzung des Klimawandels ist eine der größten Herausforderung, der wir uns zukünftig stellen müssen. Wir wollen einen ökologischen Umbau der Industriewirtschaft, in der Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppelt sowie Energie- und Ressourceneffizienz gesteigert werden.

Im Hinblick auf langfristig steigender Energie- und Rohstoffpreise sind wir der Meinung, dass Energie- und Ressourceneffizienz in Zukunft wettbewerbsentscheidend sein werden. Die Unternehmen, die sich heute den ökologischen Herausforderungen stellen, werden auch morgen erfolgreich wirtschaften. Hierfür wollen wir die notwendigen kommunalpolitischen Rahmenbedingungen schaffen.

### Wirtschafts- und Wissensregion weiterentwickeln

Der Landkreis Gießen bietet außerordentlich gute Ausgangsbedingungen als Wirtschaftsstandort. Er hat

- eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur und -anbindung in nächster Nachbarschaft zum Rhein/Main-Knotenpunkt im Zentrum Deutschlands.
- mit der Justus Liebig Universität und der Technischen Hochschule Mittelhessen seine Stärken auch in der Forschung und Wissenschaft.
- eine hohe Anzahl an bereits bestehenden High-Tech-Unternehmen im Produktions- und Dienstleistungsbereich.
- eine für den Tourismus wichtige, attraktive Naturlandschaft.

Derzeit wird der Landkreis als Wirtschafts- und Wissensregion wahrgenommen und vermarktet. Wir wollen den Landkreis hin zu einer grünen Wirtschafts- und Wissensregion weiterentwickeln.

Die Ausgangslage ist dafür nicht schlecht. Viele Unternehmen vor Ort beschäftigen sich seit längerem ausgiebig mit den Herausforderungen einer ökologischen Industriewirtschaft und bieten teilweise schon heute Lösungen an. So haben sich hier Unternehmen angesiedelt, die Elektrotankstellen bauen, hocheffiziente Blockheizkraftwerke und ORC-Anlagen produzieren oder Gebäudetechnik entwickeln, die das Ziel eines Stromversorger unabhängigen Privathaushalts, beziehungsweise eines energieautarken Unternehmens hat.

Auch die Universität sowie die Technische Hochschule sind in dem Feld tätig. Beispielsweise bildet die Universität Umweltwissenschaftler\*innen aus und die THM unterhält das Kompetenzzentrum Energie- und Umweltsystemtechnik.

Durch den in der letzten Wahlperiode geschaffenen Energiebeirat konnte das Know-How und der Austausch zwischen den einzelnen Akteuren auch ins öffentlich-politische Bewusstsein gebracht werden. Allerdings möchten wir, dass der Energiebeirat sich öfter trifft.

Außerdem sollte der Fokus für eine grüne Wirtschafts- und Wissensregion nicht nur auf der Energiewende liegen, sondern auch auf weiteren Betätigungsfeldern, die der Begrenzung des Klimawandels helfen. Zum Beispiel sind für die Energie- und Ressourceneffizienz Unternehmen, die sich mit Müllaufbereitung/Recycling beschäftigen nicht zu vernachlässigen.

Zudem wollen wir, dass in Zukunft Unternehmen, vor allem Startups, für diesen Bereich im Landkreis eine Anlaufstelle finden, um im bürokratischen Alltag und bei Fördermöglichkeiten den Überblick zu erhalten.

## Für ein gutes Klima in der ZOV

### Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe

Die OVAG gehört den drei Kreisen Wetterau, Vogelsberg und Gießen. Sie ist Teil des ZOV, des Zweckverbands Oberhessische Versorgungsbetriebe. Dessen Aufgabe ist die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Energie sowie die Trägerschaft des Nahverkehrs.

### Energieversorgung

Wir erwarten von der OVAG ein stärkeres Engagement für die Energiewende.

Zum Beispiel bei der Entwicklung von Nahwärmenetzen in Verbindung mit regenerativer Energie, gerade im ländlichen Raum. Oder bei der E-Mobilität. Wir wollen, dass die Flotte der OVAG zu großen Teilen auf E-Fahrzeuge umgestellt wird. Zudem soll im Kreis Gießen ein engmaschiges Stromtankstellennetz aufgebaut werden. Im ländlichen Raum lässt sich die Eigenerzeugung von Strom und dessen Speicherung mit der Nutzung eines Elektroautos kombinieren. Wir wollen deshalb Projekte fördern, die diese Vorteile modellhaft verbinden.

Das Engagement der OVAG Energie AG im Zusammenwirken mit der hessenENERGIE im Bereich Onshore-Windenergie soll verstärkt werden. Es gilt, mit attraktiven Beteiligungsmodellen Kommunen und Bürger\*innen mitzunehmen. Wir GRÜNE wollen aber auch - mit lokalen Aufklärungskampagnen und ausgleichender Planung - Konfliktpotentiale mit Naturschutz und Bürger\*innen aus dem Weg zu räumen. Ziel muss der kontinuierliche Ausbau der Windenergie an günstigen und ertragreichen Standorten sein.

Die naturverträglichste Energie ist die, die nicht verbraucht wird. Deshalb wollen wir GRÜNEN, dass Energieberatung und -effizienz einen deutlich höheren Stellenwert wie bisher in den Geschäftsfeldern der OVAG einnehmen. Mit einem Ausbau der Oberhessische Energieagentur soll der ZOV eine neue Rolle als kompetenter Partner für Kommunen, Firmen und Private in Sachen Energieeinsparung einnehmen.

Wir GRÜNE wollen ein eigenes Klimaschutzkonzept des ZOV-Konzerns auf den Weg bringen.

### Transparenz

Der ZOV hat ein „Parlament“, die Zweckverbandsversammlung, in die die drei Kreise Vertreter\*innen entsenden.

Die Aktivitäten des ZOV sind in zahlreichen Untergesellschaften organisiert. Auch in diesen Untergesellschaften sind Kreistagsmitglieder, zum Teil neben Beschäftigten, als Aufsichtsräte vertreten. Die Besetzung der Aufsichtsräte entspricht nicht den Stärkeverhältnissen der Parteien in der Verbandsversammlung bzw. den Kreistagen. Somit stellt die Mehrheit (CDU/SPD) jeweils fast das Fünffache an Aufsichtsräten. Wir wollen eine breite öffentliche Kontrolle kommunaler Gesellschaften. Daher sollen die im Kommunalparlament vertretenen Parteien und Gruppierungen in den Aufsichtsgremien der Gesellschaften entsprechend ihrem Stärkeverhältnis repräsentiert sein. Im ZOV-Konzern ist eine Verkleinerung der Aufsichtsräte angezeigt. Bei demokratischer Sitzverteilung lässt sich eine pluralistische Zusammensetzung auch mit weit weniger Sitzen erreichen.

Die beiden Vorstandsposten der Gesellschaft sind bisher nicht mit Fachleuten aus den Bereichen Betriebswirtschaft oder Energie besetzt, sondern an ehemalige Landräte oder Dezernenten aus den Eignerkreisen vergeben worden. Wir GRÜNE wollen ein modernes, fachkundiges Management.

Uns geht es um mehr Transparenz auf das in diese Gesellschaften ausgelagerte kommunale Vermögen! Wir wollen die einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung sowie der Aufsichts- und Beratungsgremien gesetzlich verpflichten, die ihnen gewährten Bezüge jährlich der jeweiligen Kommune bzw. dem jeweiligen Zweckverband mitzuteilen und ihrer Veröffentlichung im Beteiligungsbericht unter Namensnennung zuzustimmen. In dem Bericht sollen auch für den Fall des Ausscheidens aus dem Gesellschaftsorgan zugesagte Leistungen und sonstige geldwerte Vorteile aufgeführt werden.

## Für ein gutes Klima in unseren Kassen

### GRÜNE Finanzpolitik

Das grundsätzliche Ziel GRÜNER Finanzpolitik ist und bleibt ein ausgeglichener kommunaler Haushalt. Gleichzeitig zeigt der unbefriedigende Zustand vieler Schulen und Kreisstraßen exemplarisch, dass für die Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur weit mehr Mittel eingesetzt werden müssen als bisher. Zudem muss der Landkreis neuen Anforderungen gerecht werden. Um den Investitionsstau aufzulösen, sind somit nicht nur Erhaltungs- sondern auch Neuinvestitionen nötig. Beispiele dafür sind neue Schulen in Staufenberg und Pohlheim, die Sanierung der Kreisberufsschule (Willy-Brandt-Schule), bauliche Voraussetzungen für die Ganztagsbetreuung an vielen Schulen, dringend benötigte Radwege und das neue Gefahrenabwehrzentrum (Leitstelle für Feuerwehr und Rettungsdienst). Dazu sollen insbesondere im Bereich Schulen und energetische Sanierung die Investitionsprogramme des Landes und des Bundes genutzt werden. Es ist selbstverständlich, dass bei allen Investitionsvorhaben des Kreises auch die Folgekosten berücksichtigt werden müssen.

Die Haushaltslage bleibt weiter angespannt. Zur Verminderung der Defizite hat auch der kommunale Schutzschirm des Landes beigetragen, mit dem die Schuldenlast des Landkreises erheblich vermindert werden konnte. Weiter wird mit der 2016 in Kraft tretenden grundlegenden Reform des kommunalen Finanzausgleichs ein vollständiger Systemwechsel vollzogen: Das bisherige System des Steuerverbunds (Die Kommunen erhalten 23 % der Steuereinnahmen des Landes) wurde durch immer mehr Sonderregelungen undurchschaubar und ist heute unbrauchbar. Das neue System, das sich am kommunalen Bedarf orientiert, eröffnet die Chance eines Neuanfangs entsprechend der heutigen Anforderungen. Im bedarfsorientierten Finanzausgleich wird künftig das Land das Risiko der im Konjunkturverlauf schwankenden Steuereinnahmen tragen.

Die veränderten Rahmenbedingungen werden jedoch nicht ausreichen, die Kreisfinanzen dauerhaft auf eine solide Grundlage zu stellen. Nach wie vor bestehen hohe Ausgaben für soziale Leistungen, die unabweislich sind, sowie für zentrale Einrichtungen im Bildungsbereich (Schulen).

Wir wollen deshalb auch durch eigene Anstrengungen die Finanzsituation des Kreises weiter verbessern. Ein einfaches Beispiel zur Kostenreduzierung wäre die Zusammenlegung der Volkshochschulen von Stadt und Kreis. Darüber hinaus sehen wir in der interkommunalen Zusammenarbeit insgesamt eine wichtige Fortentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung. Hier darf es keine Tabus geben. Vom Standesamt über die Bauhöfe bis zu den Feuerwehren - alles muss weiterhin überprüft und auf mögliche Kooperationen untersucht werden. Der demographische Wandel fordert gemeinsame Lösungen. Auch wenn nicht überall eine Zuständigkeit des Kreises gegeben ist, muss



dieser sich als Akteur, Moderator und Unterstützer dieses Prozesses engagieren. Bisherige Kreisaktivitäten zur interkommunalen Zusammenarbeit unter anderem in den Bereichen IT-Sicherheit, Personalwesen und Brandschutz müssen fortgesetzt und ergänzt werden.

Bei allem Spardruck gilt jedoch: Eine nachhaltige Finanzpolitik darf nicht am falschen Ende sparen. Ein Abbau zentraler sozialer Projekte mit präventivem Charakter wird es mit uns nicht geben. Einsparungen dort würden zu weitaus höheren Folgekosten führen und vor allem unserer grundsätzlichen Vorstellung von sozialer Verantwortung widersprechen. Maßnahmen wie die energetische Sanierung der Schulen sind konsequent fortzuführen. Sie verringern die Belastung unserer Umwelt. Außerdem führen Investitionen im Bereich der regenerativen Energien und der Gebäudedämmung zu einer nachhaltigen Entlastung des Haushalts.

### Erfolgreiche Finanzpolitik unter GRÜNER Beteiligung

In den letzten fünf Jahren konnte die Koalition aus SPD, FWG und GRÜNEN die finanzielle Situation des Landkreises stabilisieren und Defizite abbauen.



Dr. Christiane Schmahl



Christian Zuckermann



Gerda Weigel-Greilich



Martin Tasci-Lempe



Katrin Schleenbecker

# Unsere Top Ten 2016



Alexander Wright



Susanne Gerschlauer



Matthias Knoche



Edith Nürnberger



Bülent Gülcehre

